

Dr. Wolfgang Utschigs Herbstgabe September 2015

Dr. Wolfgang Utschig's Autumn Gift September 2015

Le Don a l'Automn Septembre 2015

de Dr. Wolfgang Utschig

W o l f g a n g U t s c h i g

Vom Welt-Zahlemann Deutschland

Deutsche finanzielle Leistungen an die Welt

1919-2012

Lancelot Serien / The Lancelot Series / Les Séries Lancelot

Lancelot Serien / The Lancelot Series / Les Séries Lancelot

Atlas 92152 Nittendorf-Undorf

Lancelot Serien / The Lancelot Series / Les Séries Lancelot

Dr. Wolfgang Utschigs Herbstgabe September 2015

Dr. Wolfgang Utschig's Autumn Gift 2015

Le Don à Automn de Dr. Wolfgang Utschig Septembre 2015

Wolfgang Utschig

Vom Welt-Zahlemann Deutschland

Deutsche finanzielle Leistungen an die Welt 1919-

Lancelot Serien / The Lancelot Series / Les Séries Lancelot
Atlas 92152 Nittendorf-Undorf 2015, Josef-Geller-Straße 4, 93

152 Nittendorf

Tel.-Nr. 09404/3678

Lancelotpropre@aol.com

Wolfgang Utschig

Vom Welt-Zahlemann Deutschland

Deutsche finanzielle Leistungen an die Welt

1919-2012

Inhaltsverzeichnis

I. Warum gerade jetzt die Frage nach den deutschen Zahlungen ans Ausland?	7
II. Von den deutschen finanziellen Leistungen an ehemalige Kriegsgegner 1919 – 2012	10

Sachleistungen	10
Besatzungskosten	10
Reparationen	11
Der Dawes-Plan	11
Der YOUNG-Plan und das Ende der Reparationen	12
III. Die Ausplünderung Deutschlands 1945-1954	13
Die Reparationsansprüche der Alliierten	13
Gold und Geld	13
Die ALSOS-Mission	14
Unternehmen „ <i>Harborage</i> “	14
Raketen	15
Die sowjetische Beute	17
Demontagen und Reparationen 1945-1954	18
Verschleuderung der deutschen Handelsflotte	19
Sowjetische Demontagen und Deportationen in der SBZ	19
Demontagen in Westdeutschland	21
Besatzungs- und Stationierungskosten nach 1945	22
Besatzungskosten der Westalliierten 1945-1949	22
Deutsche Zwangsarbeiter	22
Arbeitsklaven bei den Alliierten in Ost und West	22
Vermögensverluste infolge Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei	25
Vermögensverluste in Ostdeutschland	

jenseits von Oder und Neiße	26
Vermögensverluste der Deutschen in Jugoslawien	26
Alliiertes Kunstgüter-Raub	27
Innerstaatliche Kriegsfolgeleistungen 1945-1989	28
Folgekosten der Vertreibungen 1945-1989 (ohne SBZ/DDR)	28
Reparationszahlungen Österreichs	29
Bilanz: Deutsche Vermögensverluste und Zahlungen 1945-1989	29
Reparationskreditschulden nach 1945	30
Alliiertes Raub an deutschem Volksvermögen 1944-2010	31
III. Deutschlands Zahlungen ans Ausland nach 1945	32
Wiedergutmachung statt Reparationen	32
Waffen für Israel	34
Private Leistungen	36
Entschädigungen für Arbeiten in einem Ghetto	36
Für ungarische und Leningrader Juden	36
Für die Raketen auf Tel Aviv	36
Für andauernde jüdische Zuwanderung	36
Vertrag mit jüdischen Gemeinden	36
Zahlungen an Nachbarstaaten Deutschlands	37
An Polen	37
Abgeltung von Rentenansprüchen	37

Der Jumbo-Kredit	37
Entschädigung für medizinische Menschenversuche	37
Dauerverpflichtungen 1985-1988	37
Stiftung Deutsch-Polnische Aussöhnung	37
Zahlungen an die Tschechoslowakei bzw. an Tschechien	38
An Russland und an GUS-Staaten geschehene Zahlungen	39
Zahlungen an Rumänien	40
Zahlungen an Griechenland	40
Weitere Zahlungen	40
Zahlungen an die DDR bis 1990	40
Zahlung für die Nichtteilnahme am Golfkrieg 1991 gegen den Irak	
42	
Wegen des serbisch-bosnisch-kroatischen Kriegs 1991-1994	42
IV. Jährliche deutsche Transferleistungen	44
Zahlmeister vor allem für Europa	
44	
Entwicklungshilfe für die Katz'	44
Der „Europäische Entwicklungsfonds“ EEF	45
Deutsche Entwicklungshilfe über die Weltbank	46
Schuldenerlasse zu Lasten des Bundeshaushaltes	46
Deutsche Nettozahlungen an die EU	46
Undurchschaubare Transferzahlungen und Korruption	49
Die Europäische Währungsunion ist ein Fass ohne Boden	50

Stationierungs- und NATO-Kosten	51
Von den deutschen Goldbeständen	51
Für Auslandseinsätze der Bundeswehr	52
Asylanten- und Migrations-Kosten	55
Nachweis der Asylanten- und Migrantenkosten	59
Ein einziger Tag Ausländerkriminalität	55
Über die Generationenbilanz	56
Diskussion um THILO SARRAZIN	56
Migrationskosten in den Nachbarstaaten	56
Eine neue Landnahme	57
Deutsche Zahlungen an ausländische Empfänger	57
Von der Bundesregierung	
unterschlagene Auslandsüberweisungen	57
Auslandszahlungen 2005	57
Bundeshaushalt 2008 Auswärtiges Amt Einzelplan 05	
Ausgaben für fremde Belange	
58	
Deutsche Krankenkassenleistungen im Ausland	58
Übersicht: Deutsche Leistungen an das Ausland 2008	58
Für ausländische Bürger, Organisationen,	
Staaten und für internationale Projekte	
58	
Wie sich einigemehrjährige deutsche Leistungen summieren	59
V. Versuch der Gesamtbilanz	60

Deutschland als Zahlemann 1919-2008	60
Deutschland weiterhin Zahlemann, aufgezeigt allein am Beispiel des Haushaltsjahr 2008	60
Reparationszahlungen Österreichs	61
Literaturverzeichnis	62

Wolfgang Utschig

Vom Welt-Zahlemann Deutschland
Deutsche finanzielle Leistungen an die Welt

I. Warum gerade jetzt die Frage nach den deutschen Zahlungen ans Ausland?

Die deutsche Wirtschaft boomt, besonders die Exportwirtschaft, und die Steuern sprudeln in die Staatskasse so hoch wie nie. Dennoch sinken die Realeinkommen der Deutschen und die deutschen Staatsschulden sind die höchsten von ganz Europa. In Deutschland müssen wichtige Investitionen zurückstehen. Bei der Europäischen Zentralbank hat sich ein Guthaben der Bundesbank von ca. 700 Mrd. € angesammelt. Wer darum weiß, wird nicht glauben wollen, dass man diese Summe je realisieren können wird. Es handelt sich um Schulden, mit denen das Ausland über die Europäische Zentralbank bei der Deutschen Bundesbank in der Kreide steht. Sie gehen auf die so genannten *Target-Kredite* zurück. Seit Beginn der Eurokrise hören die Deutschen davon, mit welchen Summen sie bereits für einige EU-Staaten gebürgt haben. Insbesondere seitdem Griechenland bankrott ist, interessiert man sich bei uns dafür, welche Verluste der deutsche Steuerzahler erfahren wird, falls der genannte Staat aus der Eurogruppe ausscheidet oder wenn der Europäische Stabilitäts-Mechanismus (ESM) tätig zu werden beschließt. Alle Fachleute wissen, dass das griechische Schuldendilemma nur überwunden werden kann, wenn das Land die Drachmen-Währung einführt und abwerten darf. Aber das geschieht eben nicht. Im Zusammenhang damit vernimmt der Bundesbürger mit ungläubig staunend, dass sein Staat die höchsten Schulden unter den EU-Staaten aufweist. Wie kann das sein, obwohl die deutschen Einnahmen doch quellen wie nie zuvor? Die nachfolgende Untersuchung will zeigen, dass von hier zu viel Geld ins Ausland ging und geht.

Vor kurzem entnahm man der Tagespresse, dass der Kommissionspräsident im deutschen Fernsehen ganz unverhüllt und erschreckend unüberhörbar laut äußerte, nur die Deutschen hätten ausreichend Geld, den Euro zu retten. Die Deutschen sind keineswegs in Europa die Reichsten, obwohl die Bundesregierung fortwährend so tut. Und die Bürger glauben es. Nur die deutschen Sparguthaben sind die höchsten in Europa. Es ergibt sich freilich der Eindruck, als schiele man bereits auf dieses Geld. Möglich, dass die angelsächsische Finanzelite bereit steht und an eine Finanzaktion denkt, wie sie die Krise zu Lasten der deutschen Sparer für sich nutzen könnte. Vielleicht eine solche zu inszenieren mit der Absicht, den deutschen Sparer um das ehrlich zurückgelegte Geldvermögen zu bringen.

Seit 1919 wird Deutschland finanziell ausgenommen. Die deutschen Regierungen sagten dazu stets Ja. So weigerten sie sich, die deutschen Vermögensverluste nach 1945 überhaupt feststellen zu lassen. Stattdessen nimmt man immer höhere Belastungen in Kauf. Diese und die früheren Verluste zu ermitteln, fällt enorm schwer. Die Haushaltsausweisungen des Bundes erwecken nicht selten den Eindruck, als wolle man die an Ausländer geflossenen Summen eher verheimlichen als offen legen. Vermutlich scheuen sich Wissenschaftler davor, diese Frage zu untersuchen. Sie fürchten um die Karriere. Käme doch heraus, dass Deutschland 1945 zwar befreit wurde, in erster Linie nämlich von seinem Vermögen

Es geht hier also darum, welche Summen der deutsche Staat an das Ausland und an hier lebende Ausländer leistete und wie groß diese Überweisungen ausfielen. Besteht ein Zusammenhang zwischen dem steten Anwachs-

sen der deutschen Staatsschuld, die inzwischen auf 2,2 Billionen € angewachsen ist?

Ließe sich die Staatsschuld etwa zukünftig mindern, wenn der Geldabfluss ins Ausland sinkt? Bei einer solchen Fragestellung ist unter anderem der schleichende Kaufkraftverfall der Währungen zu berücksichtigen. Die bis 1931 (nach 1919 nur als Verrechnungseinheit übliche Goldmark, GM) bezog sich auf den Wert von 0,35842 g Feingold. Im Jahre 1956 verhielt sich die RM zur DM wie 1 zu 1,76, 1981 wie 1 zu 5 und 2009 wie 1 zu 10. Die DM verhält sich zum Euro wie 2:1. Seit 1945 betrug die schleichende Inflation im Durchschnitt 4 Prozent im Jahr. Im Zusammenhang der Kaufkraftbewertung ist auch der Zinsverlust zu berücksichtigen, was im Londoner Schuldenabkommen geschah.¹ Da wurde, das ist so gut wie unbekannt, ein Kapital von

Im *Londoner Schuldenabkommen* wurden die gesamten Vorkriegsschulden von den Schuldnern auf 13,5 Milliarden DM veranschlagt. Hinzu kamen die Nachkriegsschulden, welche die drei westlichen Besatzungsmächte geltend machen konnten. Es handelte sich um die Zahlungen aus dem *Marshall-Plan* und um alliierte Kredite für Wirtschaftshilfe, die unmittelbar nach dem Krieg gewährt worden waren. Diese Schulden wurden anfangs auf über 15 Milliarden DM beziffert. Die Gesamtforderung belief sich auf 29,7 Milliarden DM. Das deutsche Ziel, die beschlagnahmten deutschen Auslandsvermögen zur Verrechnung von Schulden einzubeziehen, wurde nicht erreicht. Für die aufgelaufenen Vorkriegsschulden wurde bis zur Wiedervereinigung eine „*territoriale Aufteilung*“ vereinbart, so dass der für die Bundesrepublik angerechnete und zu tilgende Anteil sich verringerte, während die Restforderung bis zur Wiedervereinigung ausgesetzt wurde. Diese als „*Schattenquote*“ bezeichnete Forderung in Höhe von 239,4 Millionen D-Mark lebte 1990 wieder auf und führte ab 1991 zu weiteren Zahlungen an die Gläubigerstaaten. Im Jahre 2002 zahlte die Bundesrepublik eine Rate in Höhe von 4,1 Mio. €. Weitere Zahlungen in Höhe von insgesamt 95 Millionen Euro sollten bis zum Jahre 2010 abschließend erfolgen. Am 3. Oktober 2010 erfolgte die letzte

einer Million nach 50 Jahren zu erstaunlichen 11 467 399 gerechnet, wegen des Zinseszinses. Dieser Zuwachs glich den Kaufkraftverlust in etwa aus. In den Jahren 1927/1928 kostete 1 kg Brot 0,40 RM und 1950 0,40 DM. Von 1970 bis 2007 stiegen die Ausgaben für das Lebensnotwendige um etwa das 6,8fache und seitdem schneller. Die Zahlen über die seit 1919 erlittenen deutschen Vermögensverluste sind exorbitant. Die mit der Materie befassten Sachverständigen betonen einhellig, dass die errechneten Werte eine Untergrenze darstellen oder noch höher beziffert werden könnten. Denn vieles muss unberücksichtigt bleiben, etwa weil darüber keine Unterlagen vorliegen. Seit Beginn der DM-Zeit ist der Wertverlust des Geldes unübersehbar und erst recht seit der Einführung des Euro. Gegenwärtig kommt es vor, dass Milliarden über Nacht verschwinden oder den Besitzer wechseln. Aus einer Beraubung Deutschlands entwickelt sich möglicherweise solche von ganz Europa. Wie die letztere in Erscheinung tritt oder sich auswirkt, ist nicht mehr Gegenstand der vorliegenden Darstellung. Diese bezieht sich nur auf Deutschland und zwar bis zum Jahr 2009, da über die jüngst vergangene Zeit noch keine Untersuchungen vorliegen.

Deutsche Zahlungen an die Kriegsgegner 1919-1931

Schuldenzahlung in Höhe von 69,9 Millionen Euro. Sie ist der Schlussstrich unter den Forderungen der Alliierten aus beiden Weltkriegen.- <https://www.wikipedia.org/wiki> (Letzter Zugriff 11. November 2011). Es ist jedoch falsch, wenn deutsche Politiker behaupten, Deutschland seien die Schulden damals gestrichen worden, wenn es um großzügige Schuldenerlasse für Polen oder Russland geht.

Es ist allgemein bekannt, dass die Schuld am Ausbruch eines Krieges sich niemals ganz eindeutig ermitteln lässt. Das gilt besonders für den Kriegsausbruch 1914. Doch haben die Alliierten 1919 im Vertrag von Versailles Deutschland damals die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg zugeschoben. So suchte man die Forderungen nach Wiedergutmachungsleistungen des Deutschen Reichs an die Sieger zu rechtfertigen und zu erzwingen. Freilich, inzwischen scheint das, was damals in Versailles geschah, als wären die Alliierten zuletzt der eigenen und bodenlosen Kriegspropaganda erlegen. Das Deutsche Reich sollte für alle Schäden aufkommen, welche die Zivilbevölkerung der vormaligen Feindstaaten im Krieg erlitt, die Pensionen von deren Invaliden und Hinterbliebenen zahlen und bis 1921 20 Mrd. Goldmark und dann noch 80 Mrd. aufbringen.

Sachleistungen

Zu allererst mussten die deutsche Handelsflotte und die deutschen Kabel ausgeliefert werden, und sodann 40 Mio. t Kohlen. Zusätzlich gefordert waren Farben, Maschinen, Werkzeuge, Fabrikeinrichtungen und Material für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Sodann musste Vieh übergeben werden (u. a. 140 000 Kühe). Aufgrund der in der Tat bedeutenden Gebietsverluste verlor Deutschland viele Erzlager (u. a. 75 Prozent des Eisenerzes, 80 Prozent des Zinks und 46 Prozent der Steinkohlevorräte). Ferner musste man 47 Prozent der Stahlwerke und 40 Prozent der Walzwerke übergeben und 22 Prozent der Lokomotiven und Eisenbahnwaggons. Außerdem sollte es auf unbeschränkte Zeit ein Viertel seiner Steinkohlenförderung an die Alliierten überstellen.

Außerdem wurde das Deutsche Reich verpflichtet, für unbestimmte Zeit den Unterhalt der alliierten Besatzungsarmeen zu besorgen und dazu noch für das gegen die Ruhr eingesetzte Militär und dasjenige der so genannten Interalliierten Kommission. Diese Leistungen hießen alle zusammen „*Besatzungskosten*“. Sie summierten sich bis 1927 auf 5,5 Mrd. Goldmark (GM). Nach dem Prinzip der Warenkorbrechnung gelangt man so allein wegen der Besatzungskosten auf insgesamt 27,25 Mrd. €. Hinzu kommen noch 3,64 Mrd. Goldmark „*innere Besatzungskosten*“ für eher private Bedürfnisse des fremden Militärs.

Besatzungskosten

Im Jahre 1924 erfolgte eine Neuregelung dieser Besatzungskosten. Sie betragen 1924-1927 insgesamt eine derart große Summe, dass sie heute 3,18 Mrd. € entsprechen würde. Und hinzuzurechnen sind noch weitere, nämlich die Kosten unterschiedlicher Wirtschaftsgüter, vorwiegend für die Offiziere der Ententemächte und deren Familienangehörige, darunter 9371 Herrenzimmer, 12 232 Kronleuchter, 3350 Polstermöbelgarnituren, 22 136 Schlafzimmer, 45 602 Stühle, 25 999 Teppiche und 183 983 Weingläser. Diese Lieferungen betragen nach heutigem Geldwert 72 Mio. GM. Zum Vergleich: Die Kosten des deutschen Militärs 1910-1913 betragen 32 Mio. GM. Demnach verschlangen die alliierten Armeen (nach GEORG FRIEDRICH) in Deutschland jährlich wesentlich mehr Geld als vor dem Krieg die gesamte deutsche Armee und Kriegsflotte in vier Jahren!

Reparationen

Von den eigentlichen Reparationen ist da noch gar nichts mitgerechnet. Im Jahre 1921 übergab der britische Premier dem deutsche Botschafter in London die endgültige Forderung von 132 GM, zahlbar in Raten zu jährlich 2 Mrd. GM 66 Jahre lang zu 2 Mrd. GM (heute etwa 22 Mrd. Euro.) Reichskanzler WIRTH unterschrieb diese Forderung. Wie übrigens später festgestellt wurde, arbeitet er, emigriert, in den Dreißigern mit dem französischen, dem britischen Geheimdienst zusammen und später für den sowjetischen.² Zusätzlich zu den Annuitäten musste Deutschland den Siegermächten noch 26 Prozent des Gesamtwertes seines Exportes überweisen. Die USA verzichteten auf Teilhabe an den Reparationen. Im Jahre 1923 besetzten Franzosen und Belgier das Ruhrgebiet. Die Reichsregierung rief dagegen den Generalstreik aus. In der Folge musste sie für die Streikenden finanziell aufkommen. Dafür wurde immer mehr Geld gedruckt, insgesamt 700 Trillionen. Die Währungsreform befreite die deutsche Regierung zwar von allen Schulden, doch große Teile der Bevölkerung verarmten. Auslöser dieser Tragödie war die Ruhrbesetzung gewesen.

Der Dawes-Plan

² Nach einer über ihn angelegten CIA-Akte. Wirth war später ein Gegner der Westorientierung, von welcher er glaubte, dass sie die deutsche Teilung vertiefte. Wegen seiner Zusammenarbeit mit den Kommunisten wegen seiner Kontakte zur DDR versagte ihm die Bundesrepublik Deutschland die Zahlung einer Pension. Stattdessen erhielt er gewisse Zahlungen aus der DDR; vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Joseph_Wirth (letzter Zugriff 11.11,2015).

Im Herbst 1923 versuchten die Alliierten, mit dem Dawesplan die Reparationszahlungen der Leistungsfähigkeit des Reichs anzupassen. Vorläufig wurde 1 Mrd. GM jährlich gefordert und für später 2,5 Mrd. GM. Über ein Ende wurde immer noch nichts gesagt. Um das Geld aufzubringen, musste das Reich Zölle und Steuern direkt an die Reparationskommission abliefern. Reichsbank und Reichsbahn wurden in Aktiengesellschaften unter Ausländern umgewandelt. Ferner belastete man die Industrie mit Schuldverschreibungen in der Höhe von 16 Mrd. GM. Zinsen und Tilgung davon flossen in die Reparationsleistungen ein. Das Reich erhielt nun amerikanische Kredite (insgesamt 20,6 Mrd.), damit die Wirtschaft in Gang gesetzt wurde. Die deutschen Zahlungen sollten vor allem, doch nicht allein dazu dienen, die Kriegsschulden der Alliierten bei den Amerikanern (40 Mrd. \$) zu tilgen. Nun also erfolgte ein gewaltiger Geldstrom in die USA, der den volkswirtschaftlichen Interessen der USA eigentlich widersprach, da keine (bezahlte) Gegenleistungen erfolgten, das heißt keine Warenlieferungen nach Deutschland. Nur Banken und Kapitalisten profitierten, nicht die Beschäftigten, da ja keine Exporte getätigt wurden. Es war absehbar, dass dieses System nicht dauerhaft funktionieren konnte, erstens weil Deutschland 2,5 Mrd. GM pro Jahr nicht zu leisten im Stande war. Die amerikanischen Kredite brachten zunächst einen Aufschwung, doch man geriet in eine bedenklich starke Abhängigkeit von den USA.

Dem Dawes-Plan stimmte der Reichstag am 29. August 1924 zu. Erreicht wurde eine Zwei-Drittel-Mehrheit erreicht.

Der YOUNG-Plan und das Ende der Reparationen

Im Jahre 1930 trat der Young-Plan in Kraft. Dieser sah bis 1988 Reparationszahlungen von insgesamt 34,5 Mrd. GM vor. Das deutsche Reich sollte zwölf Prozent seines Exports, 2,5 Prozent seines Nettosozialprodukts und 7,3 Prozent sämtlicher öffentlicher Einkünfte leisten, zahlbar überwiegend in Devisen. Deutschland erhielt wieder einen Kredit. Gleichzeitig erschien die Young-Anleihe auf dem Markt (1,7 Mrd. zu 5,5 Prozent Zinsen). Reichskanzler BRÜNING plante, damit eine Exportoffensive in Gang zu setzen. Diese scheitert jedoch, da sich die Märkte im Zuge der Weltwirtschaftskrise gegenseitig abschotteten. Da 1931 die ausländischen Gläubiger ihr Geld aus Deutschland abziehen, gerät das Reich nun an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Nach dem nun folgenden so genannten HOOVER-Memorandum soll Deutschland noch 3 Mrd. GM leisten, die mittels als Anleihe auf den Markt gebrachter Schuldverschreibungen des Reichs aufgebracht werden sollten. Dazu kam es jedoch nicht mehr. Den darüber abgeschlossenen Vertrag unterzeichnet keiner der beteiligten Staaten. Nun folgt keine Reparationszahlung mehr. Die aus den USA gewährten Kredite sind jedoch nicht erlassen.

Laut amerikanischen Quellen leistete das Reich insgesamt 36 Mrd. GM, was einem späteren Wert von 360 Mrd. DM entspricht beziehungsweise mit 180 Mrd. € gleichgesetzt werden kann. Zu diesen Leistungen sind noch die Verluste hinzuzurechnen, welche der deutsche Staat und Private in Polen (Provinzen Westpreußen und Posen) hinnehmen mussten (Staatsbesitz, besonders Immobilien und enteignetes Privatvermögen): 14,5 Mrd. GM bzw. 145 Mrd. DM oder 72,5 Mrd. €.

Bilanz der Reparationen, der Besetzung, des Ruhrkampfes und der Verluste in Polen: 538,628 Mrd. €.

III. Die Ausplünderung Deutschlands 1945-1954

Reparationsansprüche der Alliierten

Man muss es deutlich sagen: Kein Volk wurde in der jüngeren Geschichte derartig total befreit wie Deutschland 1945, nämlich von seinem Volksvermögen. Und auch nach 1945 noch vom Leben mehrerer Millionen seiner Menschen. Ferner befreite man Millionen Deutsche von ihrer Heimat, von Haus und Hof. Millionen Soldaten Zivilisten hatten völkerrechtswidrig Zwangsarbeit zu verrichten. Millionen von Frauen waren schlimmster Gewalt ausgesetzt. Die Alliierten verhielten sich eher wie beutegierige Piraten, nicht wie nach dem Kriegsrecht handelnde Befreier. Freilich befand RICHARD VON WEIZSÄCKER ganz anders und wie er taten auch viele deutsche Politiker stets anlässlich der einschlägigen Gedenktage so.³

³ Wer es weiß, muss es immer wieder sagen, In der deutschen Öffentlichkeit wird eine, was die historische Bewältigung des Kriegs 1939-1945 betrifft, *mea-culpa*-Kultur eines unsäglichen, ungeheuerlichen und wohl eigentlich lächerlichen Ausmaßes betrieben. Alle deutsche Verfehlungen und Verbrechen werden dem deutschen Publikum immer wieder eingetrichtert, doch über das Verhalten der Alliierten gegenüber Deutschen im und nach dem Krieg erfährt man hier so gut wie nichts. Woran mag das liegen? Zum einen soll den Deutschen das politische Selbstbewusstsein entzogen werden und zum anderen will man erreichen, dass Deutschland weiterhin Zahlungen und Wiedergutmachung leistet. Die letzteren Leistungen sind nichts anderes als Reparationen und werden in der spezifischen deutschen Fachliteratur auch gar nicht anders bezeichnet. Die Deutschen der vierten, ja fünften Nachkriegsgeneration und weitere sollen für etwas aufkommen, was sie nicht einmal zu verant-

worten haben, in alle Ewigkeit. Warum die deutschen Politiker in diesem Sinne fortfahren, lässt sich nur so erklären, dass sie ihre in dem Zusammenhang an den Tag gelegten und überaus schwächlichen Leistungen zu kaschieren versuchen. Freilich macht sich im Ausland beliebt, wer sich schuldig bekennt und deshalb Geld verteilt. Er hat es dann viel einfacher. Die allermeisten Deutschen glauben heute, ihre Väter und Mütter hätten mit dem Krieg und den Kriegsgreueln begonnen und alles andere, was später folgte, leite sich von da her. Wenn überhaupt von fremden Gewalttaten die Rede ist, wird sofort betont, dass man diese als berechtigte Reaktion auf die Entfesselung des Kriegs zu sehen hätte, die von den Deutschen höchst mutwillig in die Wege geleitet worden wäre. Sie eine geradezu legitime Reaktion auf der Hitler hat lange einen Ausgleich mit Polen gesucht, denn er betrachtete dieses Land als potentiellen Verbündeten. Es verhält sich keineswegs so, dass er seit 1933 einen Krieg gegen Polen anstrebte. Ferner stimmt es nicht, dass die deutsche Aufrüstung geradezu maßlos gewesen sei. Sie war eher schwächlich, verglichen mit den Standards der anderen. Frankreich und das Vereinigte Königreich hatten Polen (dann nicht erfüllte) Bündniszusagen erteilt, so dass die polnische Regierung in der Tat glaubte, einen Krieg gegen das Deutsche Reich zu gewinnen. In zwei Wochen würde man in Berlin sein. Übrigens meldete der polnische Rundfunk in den 0-Uhr Nachrichten des deutschen Angriffstags, polnische Truppen befänden sich auf dem Vormarsch ins Reich. In der Tat gab es im August 1939 zahlreiche polnische Übergriffe und verbrecherische Gewalttaten jenseits der Grenze. Merkwürdig, dass Hitler diese zahlreichen Übergriffe kaum propagandistisch ausgenutzt hat. Dazu kommen die vielen Fälschungen. Davon eine Fülle wurde der ersten so genannten Wehrmachts-Ausstellung nachgewiesen. Die bekannteste stellt die Fotografie des kleinen Jungen dar, der mit erhobenen Händen und trauriger Mine an mehreren deutschen Soldaten vorbei geht. Der vorderste Bewaffnete ein SD-Mann, hält die Waffe mehr oder wenig in dessen Richtung. Dieses Bild befindet sich in vielen Büchern und auch Schulbüchern und dazu verlautet stets, dass es Juden zeige, die zur Ermordung abgeführt würden. ALFRED SCHICKEL hat nachgewiesen, dass dieses zweifellos ergreifende Bild anlässlich einer Schwarzmarkt-Razzia in Warschau darstellt, in welche der Junge und seine Mutter zufällig und unglücklicherweise geraten war. Dieser Nachweis erfolgte bereits 1979. Der Junge war *Issy Ronde!*, der später in England lebte. Von einer Erschießung kann also nicht die Rede sein. Diese Erkenntnis änder-

Die Beschlagnahme der deutschen Auslandsvermögen (auch dasjenige in den neutralen Staaten): Wert (1938 20 Mrd. RM), entspricht heute etwa 200 Mrd. DM bzw. 100 Mrd. €.

Über die Höhe der von Deutschland zu leistenden Reparationen gab es keineswegs Einigkeit unter den Alliierten. Man stimmte lediglich darin überein, dass Deutschland in *größtmöglichem* Ausmaß Ersatz für alle von ihm (allein?) verursachte Schädigungen leisten müsse. Schon im Krieg schufen die Feindmächte Organisationen, welche sich das Rüstungspotential, die Handelsflotte, die Großindustrie und auch das geistige Eigentum und überdies weite Landesteile der Besiegten aneignen sollten (z. B. „ALSOS“ unter General GROVE zur Sicherstellung der deutschen Nuklearforschung und –wissenschaftler). STALIN befahl schon lange vor Kriegsende, danach alle deutschen Forschungsinstitute auszuheben und möglichst viele Fabriken in die Sowjetunion bringen zu lassen und überhaupt Maschinen, Instrumente, Dokumente und Patente. Für diese Zwecke wurden 70 000 Offiziere und Ingenieure nach Deutschland gebracht. Die sowjetischen Truppen waren angewiesen, Nahrungsmittel, Vieh, Kraftfahrzeuge, Traktoren, Mähmaschinen, Dreschmaschinen, Haushaltswaren wie Nähmaschinen, Klaviere, Radios und noch vieles andere zu beschlagnahmen.

te nichts daran, dass die bisherige Kommentierung fortgesetzt wurde; vgl. hierzu KERN, ERICH u. BALZER, KARL, Alliierte Verbrechen an Deutschen, Preußisch Oldendorf 1980, S. 144-145.- Solche Fehler dürfen nicht unterlaufen, weil man sonst die Behauptung begünstigt, die Nachrichten über NS-Greuel stellten insgesamt Fälschungen dar.

Man sollte einmal deutlich darauf hinweisen, dass nur von Deutschland die Haftung für alle Kriegsschäden gefordert wurde, nicht also beispielsweise von den anderen am Krieg gegen die Sowjetunion beteiligten europäischen Staaten (Finnland, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Kroatien). Freilich leistete die Sowjetunion nichts wegen ihrer kriegerischen Übergriffe gegen Finnland und Polen 1939 und nicht wegen der Besetzung der baltischen Staaten 1940.

Weithin unbekannt ist, dass die Schweiz nach 1945 von den USA eine Entschädigung für die versehentliche Bombardierung von *Schaffhausen* durch die amerikanische Luftwaffe forderte und auch erhielt. Frankreich verlangte natürlich nichts wegen der im Krieg von der britischen Luftwaffe verursachten zahlreichen Verwüstungen im Lande, zum Beispiel für die Zerstörung der Altstadt von *Cherbourg*. Man tat so, als hätte dafür Deutschland aufzukommen. Man sollte sich doch einmal vor die Augen halten, dass Großbritannien über Frankreich mehr Bomben abwarf, als Deutschland im Krieg umgekehrt auf Großbritannien fallen ließ und ob nicht Großbritannien für die französischen Opfer seines Bombenkriegs aufzukommen habe..

Was die Ausraubung Deutschlands betraf, liegen sichere Zahlen erst von der zweiten Jahreshälfte 1945 vor. Während dieses Zeitraums gelangten 400 000 Güterwagen voller Beutegut in die Sowjetunion, darunter 60 000 Klaviere und 1 Mio. Stück Möbel. Flüchtlingen wurden die letzten Habseligkeiten weggenommen. Keineswegs nur selten wurden sie anschließend ermordet. Auch die Amerikaner „*filzten*“ die Kriegsgefangene nach Wertgegenständen. An ihren Armen reihten sich die Uhren auf. Ein besonders extremer Fall ist belegt: Nach BAUMGART konnte ein deutscher Soldat seinen goldenen Ehering

nicht vom Finger lösen, worauf ein Offizier einem schwarzen Soldaten den Befehl erteilte, diesen Finger abzubeißen. Das geschah dann tatsächlich und der Offizier nahm den Ring an sich. Es ist sicher bezeugt.

Gold und Geld

Die Westalliierten raubten die ausgelagerten Goldbestände der Reichsbank im Wert von 300 Mio. RM und dazu noch weiteres Gold aus dem Salzbergwerk *Merkers* im Wert von 336 Mio. Reichsmark, dazu 2,750 Mrd. Reichsmark in Papiergeld, womit sie deutsche Dienstleistungen und Waren bezahlten. Die Sowjets konfiszierten 27,500 Mrd. RM. Das ergibt zusammen einen Verlust von 13,500 Mrd. €.

Die ALSOS- Mission

Seit dem 25. Februar 1945 suchte diese Gruppe nach Informationen, Patenten, Waffen- und Luftfahrttechniken sowie überhaupt die Unterlagen von allen deutschen Forschungsinstituten, der chemischen Forschung (insbesondere von Kohlebenzin und Buna) sowie von der Atomforschung. Die für letztere wichtigen Objekte befanden sich in der französischen Zone, was die Amerikaner nicht hinderte, am 30. März 1945 in das Heidelberger Kaiser-Wilhelm-Institut einzudringen dort alles zu durchsuchen. Hier entwendeten sie ein *Zyklotron*, das sie in den USA zum Atombombenbau verwendeten. In Heidelberg erfuhren sie, dass dort die wirklich wichtigen Unterlagen vernichtet worden waren. In *Stadtilm* fanden sie Teile eines Atommeilers und wichtigen Unterlagen, doch die wichtigsten Geheimakten hatte die Gestapo bereits abtransportiert. Das Ziel blieb unbekannt. Was die amerikanische Atomforschung aus Deutschland holte, ist ungeklärt. Das Freiburger Ultrazentrifu-

gen-Laboratorium wurde ebenfalls weggebracht und die wichtigsten deutschen Atomphysiker in England interniert, völkerrechtswidrig, um sie dort zu verhören. Es ist bis heute unbekannt, welches schriftliche und andere Material das US-Militär im Einzelnen erbeutete. Die Akten sind nicht freigegeben. Manche sagen, dass das US-Militär bereits fertig gestellte Nuklearwaffen erbeutete. Die über Japan abgeworfenen Bomben würden aus Deutschland stammen.

Unternehmen „*Harborage*“

Das Ziel dieses Unternehmens bestand darin, ans deutsche Uranerz zu gelangen. Man fand in einem bei *Staufurt* gelegenen Bergwerk 1 100 Tonnen davon und Schweres Wasser ebenfalls. Schließlich wurde auch OTTO HAHN, das mitgeführte Geheimmaterial aufgefunden und DR. BAGGES Isotopenschleuse. Diese und das Uranerz wurden sofort in die USA gebracht. Hahn las in der Zeitung, dass ihm der Nobelpreis der Physik für 1944 verliehen worden war. Man verwehrt ihm, zur Verleihung nach Stockholm zu kommen, was er nicht dorthin mitteilen durfte.

Raketen

Gegen Kriegsende stellte das Gebiet in und um den Harz ein wichtiges Zentrum der deutschen Rüstungsindustrie dar. Die Amerikaner fanden hier unterirdische Flugzeugmotorenfabriken, Betriebe zum Bau von Düsenjägern, von Fließbändern für den V2-Raketenbau sowie Werke der Benzinherstellung vor sowie eine ganze Anzahl von Raketen, Labors und Büros. Die dort ge-

wonnene Beute wurde in Antwerpen auf 16 Schiffe verladen und gelangte so in die USA.

Verschiedene Einzelgruppen hatten sich auf bestimmte Beutestücke spezialisiert. Als Beispiele seien hier nur die FIAT genannt, die nach Düsentriebwerken, Technikern und Erfindern suchte, während die OFS und andere überhaupt die gesamten wissenschaftlichen Einrichtungen des Deutschen Reichs durchforsten sollten.

Die *Peenemünder* V-Waffen-Spezialisten wurden im April 1945 in Garmisch-Partenkirchen gefangen genommen. Man legte WERNHER VON BRAUN unter Druck nahe, in den USA weiter zu arbeiten. Mangels anderer Alternativen ging er darauf ein. Ungedehähr 200 Fachleute folgten nach. Sie sollten die bereits in Peenemünde projektierte Fernrakete bauen. In einem Bergwerk bei *Goslar* wurden die dazu nötigen Dokumente gefunden. US-Pioniere bargen davon zehn Tonnen. Bis 1947 folgten weitere 523 deutsche Wissenschaftler in die USA. Sie schufen die Grundlagen der dortigen Raumfahrttechnik.

Am 22. Dezember 1947 gab das dortige Verteidigungsministerium kund, dass der Einsatz der Deutschen dem amerikanischen Steuerzahler 750 Mio. \$ ersparte. Also Wert dieser Forschungsergebnisse: 750 Mio. \$ bzw. 3 Mrd. RM bzw. 30 Mrd. DM oder 15 Mrd. €.

Größte Bedeutung für die USA und für Großbritannien besaß der völkerrechtswidrige Raub der deutschen Patente (mindestens 750 000 Patente, Warenzeichen wie 4711 [!], etwa 50 000 chemische Formeln der IG Farben [nach FRIEDRICH GEORG]) und die vielen in Firmensarchiven befindlichen schriftlichen Unterlagen. Diese Vorgänge erfolgten ganz systematisch und stellen den

größten Technologieraub aller Zeiten dar. Übrigens haben deutsche Politiker 1953 ein Dokument unterzeichnet, in welchem die Bundesrepublik Deutschland darauf verzichtete, zukünftig dafür eine Entschädigung zu fordern. Schaden für das deutsche Volk abwenden! Alle Patente waren 1945/1946 etwa 30 Mrd. RM wert bzw. 300 Mrd. DM oder 150 Mrd. €. Das ist äußerst niedrig angesetzt. Ferner beschlagnahmten die USA 1500 t Forschungsmaterial der deutschen Luftwaffe.

Der Nutzen, den die Amerikaner aus den besagten Raubzügen schöpften, wird auf Billionen geschätzt. Dass die USA von der Kriegskonjunktur sogleich in eine beispiellose zivile Hochkonjunktur überleiteten, hängt mit ihrer Verwertung der deutschen geraubten Erfindungen zusammen. Die amerikanische Grundlagenforschung war in der Tat viele Jahre lang auf der Stelle getreten. Man muss sich einmal vor Augen halten, dass wichtige Erfindungen wie Fernsehen, Laser und Computer (KONRAD ZUSE 1941) in Deutschland erfolgt sind. Jetzt wurde der Markt mit neuen Waren von einer hohen Qualität überschwemmt, welche den US-Verbrauchern bislang gar nicht bekannt war. US-Firmen erhielten auf Anfrage Patente und Konstruktionspläne zur beliebigen Verwendung zugesandt. Das amerikanische Finanzministerium ließ damals ein Lexikon entwerfen, in dem deutsche technische Fachausdrücke in englischer Sprache wiedergegeben wurden, damit sich jeder wegen des riesigen (völkerrechtswidrig erworbenen) Materials ins Bild setzen konnten. Es enthielt 80 000 Stichwörter. Merkwürdigerweise scheint davon in den USA kein einziges Exemplar mehr vorzuliegen, wie Nachforschungen deutscher Staatsbürger ergaben. Im Jahre 1980 soll die Verwertung dieses Materials noch lange nicht abgeschlossen gewesen sein.

Auch Großbritannien schöpfte deutsches Wissen ab. Bis 1947 wurden 600 deutsche Wissenschaftler auf die Insel verschleppt. Deutsche Geschäftsleute wurden gezwungen, Betriebsgeheimnisse an britische Firmen weiter zu geben. In dieser Absicht verhaftete das britische Militär deutsche Firmeninhaber und setzte sie unter Druck. Eine Entschuldigung für diese Gangstermethoden, gar eine Entschädigung, erfolgte nie. Der Geldwertertrag für die britische Wirtschaft ist nicht mehr zu ermitteln. FERDINAND PORSCHE kam monatelang ins Gefängnis, weil er den Alliierten nichts mitteilen wollte. Häufig stürmten ausländische Zivilisten einfach deutsche Firmen und nahmen dort weg, was ihnen nützlich schien, darunter auch Belgier, Niederländer und Dänen. Diese Schädigungen sind freilich unschätzbar. Natürlich handelte es sich hierbei um Verbrechen, nämlich um kriegsrechtlich verbotene Beraubungen Privater.

Hier geht es in diesen und allen anderen vergleichbaren Fällen um extrem hohe Summen. Ein Beispiel aus unserer Zeit soll das verdeutlichen. Als MIKROSOFT für den MP3 Player 2003-2006 fremde Patente benutzte, wurde die Firma zu einer Strafe von 1,520 Mrd. € zahlbar an die Firma ALCATEL-LUCENT verurteilt. So hoch wurden die Schädigungen geschätzt!

Großbritannien forderte übrigens auch die Auslieferung der nach 1945 erteilten deutschen Patente. Die Westalliierten beuteten selbst nach 1949 weiterhin deutsche Patente aus. Noch heute existiert ein Gesetz, das es jenen erlaubt, deutsche naturwissenschaftliche Forschung zu „kontrollieren“.

Die sowjetische Beute

Aus den ostdeutschen Gebieten, welche Polen übernahm, schleppten die Sowjets weg, was sie konnten: Privatwohnungen wurden geplündert, Maschi-

nen und Betriebseinrichtungen in die UdSSR gebracht. So baute man in *Oppeln* die Kesselanlage der Oberschlesischen Elektrizitätswerke ab, die Kokerei *Skalley*, die *Redenhütte*, die *Deichsel-Werke* und die *Donnermarck-Hütte*. Überall riss das Militär Fußböden, Türrahmen, Lichtschalter, Waschbecken usw. heraus und verlad diese Objekte auf Güterwägen. Der Wert dieser Beute: 2 Mrd. RM bzw. 20 Mrd. DM oder 10 Mrd. €. Das ist alles sehr niedrig geschätzt. In Berlin räumten Spezialkommandos das Kaiser-Wilhelm-Institut und MANFRED VON ARDENNES Großlaboratorium aus. Die wichtigen Forschungsstätten der *Auerwerke* gelangten ebenfalls in die UdSSR. Alle Wissenschaftler, deren man habhaft wurde, wurden festgenommen. In der Sowjetzone befanden sich zwei Drittel der deutschen Flugzeugwerke. Sie gingen einschließlich Wissenschaftler und Techniker in die UdSSR.

Im Juli 1945 entdeckten Soldaten der Roten Armee die von den Westalliierten übersehenen unterirdischen Werte im Harz bei *Nordhausen*, so „*Dora-Mittelbau*“, wo V1 und V2 montiert worden waren. Dort stieß man auf etwa 1 000 unterschiedliche Werkzeugmaschinen. Den Entschluss, alle Flugzeugfabriken und die Raketentechnik in die Sowjetunion zu bringen, hatte Moskau schon früher gefasst. Weil man aber die einschlägigen Dokumente nicht fand, mussten Ingenieure und Techniker alle diese Arbeiten rekonstruieren. Man fand viele weitere Laboratorien und Anlagen, so die Forschungsstätten der Firma *Zeiss*.

Und der führende Telefunken-Elektroingenieur HANS KUHLE, von den Sowjets gefasst, erklärte ihnen die *Peenemünder Anlagen*. In *Hohen-Schönhausen* sammelten die Sowjets die deutschen Wissenschaftler und Techniker, die sie teils zuvor erst aus den (sowjetischen!) Konzentrationsla-

gern geholt hatten und zwar, halbverhungert. Schon im September 1945 wurden von dem Chefingenieur GRÖTTRUP und 5000 Mitarbeitern im einstigen *Mittelwerk*, jetzt *Zentralwerk* geheißen, die ersten Brennversuche mit Raketentriebwerke gemacht.

Im Oktober 1946 waren die ersten Raketenfabrikationsstätten in der UdSSR fertig gestellt. Am 21. Oktober 1946 verschleppte man 100 der führenden Wissenschaftler und Techniker des Zentralwerks mit ihren Familien nach Russland. In der Folgezeit wurden insgesamt 20 000 deutsche technische Spezialisten gezwungen, in die SU zu gehen, darunter der früheren Leiter der *Auer-Fabrik*, NIKOLAUS RIEHL, der östlich von Moskau eine Uranfabrik aufbaute, GUSTAV HERTZ und MANFRED VON ARDENNE. Deutsche haben die Atom-Industrie der UdSSR errichtet, die Raketentechnik dorthin transferiert und so erst den Sputnik ermöglicht.

Demontagen und Reparationen 1945-1954

Die Sowjetunion erhielt das Recht zugesprochen, Demontagen aus der SBZ zu entnehmen und erhielt ferner 10 Prozent aus den Westzonen. Weitere 15 Prozent waren ihr für die Lieferung von Nahrungsmitteln und Grundstoffen zugesagt und dazu die deutschen Auslandsvermögen in den neuen Ostblockstaaten und in Österreich. Was die UdSSR eigentlich im Ganzen entnehmen durfte, ist unklar, da sie viele Güter einfach als Beute beschlagnahmte. Im Westen wurden 0,500 Mrd. Reparationen gefordert, doch die Objekte erheblich unterbewertet, so dass die Demontagen wohl eher mit mehreren Mrd. höher hätten angerechnet werden müssen. Die *Morgenthau*-Pläne waren damals nur wenig abgeändert. Denn es hieß, Deutschlands Industrieka-

pazität müsse abgebaut werden, wegen der Bedrohung des Weltfriedens. Großbritannien, Frankreich und die USA sprachen sich mehr als zwei Drittel zu, Jugoslawien erhielt 8,10 Prozent, die Niederlande, 4,75, die Tschechoslowakei 3,65 (und die dortigen deutschen Privatvermögen!), Belgien 3,60, Griechenland 3,50, Kanada 2,50, Indien 2,45, Norwegen 1,60, mehrere Staaten unter 1 Prozent und zuletzt Ägypten 0,10 Prozent. Alle Demontagen waren völkerrechtswidrig, da nach der HLKO Art. 46 verboten ist, Privatgut einzuziehen; Art. 47 verbietet überhaupt jede Ausplünderung. Rechtmäßig demontiert wurden lediglich alle Waffen- und Munitionsfabriken, unrechtmäßig die Kugellagerproduktion, der Werkzeugmaschinen- und der Traktorenbau, die Benzin-, Öl- und Bunagewinnung sowie der Seeschiff-, der Flugzeug- und der Funkgerätebau sowie die Erzeugung von Aluminium und Magnesium.

Demontiert wurden ferner Industriezweige, die zum Wiederaufbau Europas benötigt wurden, die Stahlproduktion, der Maschinen- und Apparatebau, die Automobil- und die Elektroindustrie, die chemischen Werke die gesamte Erzeugung von Investitionsgütern. Nachfolgend Zahlen, die freilich wegen der chaotischen Verhältnisse unvollständig sind.

Verschleuderung der deutschen Handelsflotte

Die noch vorhandenen Kriegsschiffe galten natürlich als Kriegsbeute. Die vor dem Krieg fünftgrößte Handelsflotte der Welt, soweit noch seetüchtig, musste an die interalliierte Kommission für Wiedergutmachung abgeliefert werden. Es handelte sich um 1,4 Mio. BRT. Man verscherbelte diese Schiffe

für den Wert von 173 Mio. RM. Der wahre Wert betrug 5 Mrd. RM bzw. 50 Mrd. DM oder 25 Mrd. €.

Flugzeuge zu betreiben war in Deutschland noch lange ganz und gar verboten, bis 1955 sogar Segelflugzeuge und Ballons.

Sowjetische Demontagen und Deportationen in der SBZ

Die offizielle Montageliste der SU begriff 1 224 Werke. Sie wurde nie veröffentlicht. Militär begann sofort nach dem Einmarsch, Wohnungen und Büros auszuräumen und fortzubringen. Sodann wurden 6 000 km Eisenbahnschienen demontiert und ebenso zum Beispiel die Isolatoren an den Hochspannungsleitungen. Bis Anfang Juni 1945 waren 460 Betriebe abtransportiert, Maschinen- und Apparatebau, Metallurgie, Feinmechanik, Optik und Elektroindustrie. Betroffen waren 75 Prozent der Kapazitäten. Bis Juni 1945 folgten die Braunkohleindustrie, Textil-, Papier und Zuckerfabriken. Bis in den Spätsommer 1946 wurden nach einer Liste 200 große Industriebetriebe, Schuh- und Textilfabriken weggebracht.

Obwohl die Demontagen am 21. Mai für beendet erklärt worden waren, setzte kurz danach eine vierte Welle ein. Sie betraf die *Zeiss-Werke* Jena, Kraftwerke, Druckereien und Rüstungsbetriebe, die vorher für die Besatzungsmacht gearbeitet hatten. Nach einem weiteren halben Jahr folgten Braunkohlewerke, Brikettfabriken, Kraftwerke und nochmals 1 100 km Eisenbahngleise. Im Frühjahr 1948 wurden Betriebe, die man zuvor für *Sowjetaktiengesellschaften* erklärt hatte, darunter die *Buna-Werke*, demontiert. Manche Anlagen waren zu einem zweiten Mal betroffen, nachdem man sie bereits wieder instand gesetzt hatte.

Insgesamt verlor die SBZ 80 Prozent der Walzwerke und der Eisenindustrie, 45 Prozent der Zementindustrie und Papierherstellung sowie 20-35 Prozent der Energieerzeugung, der Schuh- und Textilproduktion, des Braunkohlenbergbaus und der Brikettfabriken. Es folgte die gesamte Flugzeugindustrie. Und dann waren die Anlagen zur synthetische Benzin- und Kunstfaserherstellung an der Reihe. In der Sowjetunion angekommen wurden sie von deportierten deutschen Kräften installiert. Es handelte sich nicht um eine materielle Wiedergutmachung, sondern es ging um eine wirtschaftliche Entmachtung des ganzen mitteldeutschen Raums.

Ende 1947 besaß die SBZ nur noch ein Fünftel der früheren Stahl- und Eisen, der Elektro- und Maschinenbau- und ein Viertel des Fahrzeugbaus, der Feinmechanik und der Optik.

Nach sehr vorsichtigen Schätzungen belief sich der Gesamtwert dieser Reparationen (nur Materialwert) auf 42,800 Mrd. RM bzw. 428 Mrd. DM oder 214 Mrd. €. Dazu kamen noch Leistungen, die mit erbeuteter deutscher Währung (5 Mrd. RM) und mit 12 Mrd. RM (ungedecktem) Besatzungsgeld bezahlt wurden, also zusammen 17 Mrd. RM bzw. 170 Mrd. DM oder 85 Mrd. €. Dazu kamen noch die Entnahmen aus der laufenden Produktion von 50 Mrd. RM bzw. 500 Mrd. DM oder 250 Mrd. €. Oft beschlagnahmte die SU Steuereinnahmen für unbekanntes Verwendungszwecke. Diese Kosten hat HARMSSEN auf 4,5 Mrd. RM bzw. 45 Mrd. DM oder 22,500 Mrd. € geschätzt.

Am 5. Juni 1946 hatte die SU 202 Großbetriebe der SBZ zu *Sowjet-Aktiengesellschaften* erklärt (25 Prozent der Industriekapazität). Darunter die größte stellte die SAG Wismut mit 225 000 Beschäftigten dar (Uranbergbau).

Mit betroffen waren unter anderem die *Agfa*-Filmfabrik in *Wolfen*, das *Leuna-Werk Merseburg*, das *Bunawerk* in *Schkopau*, die IG Farben in *Bitterfeld* und *Wolfen*, die *Dessauer Waggonfabrik* und das *Klöckner-Werk* in *Ilseburg*. Die SAG hatten an der Industrieproduktion der SBZ einen bedeutenden Anteil (z. B. 71,7 Prozent der Metallurgie, 67,2 Prozent der Feinmechanik und Optik, 85,3 Prozent der Gummi- und Asbestherstellung, 66,4 Prozent der Papier- und Zelluloseproduktion). Ab 1953 musste die DDR alle SAG zurückkaufen, was 2,700 Mrd. OM bzw. 27 Mrd. DM oder 13,500 Mrd. € erforderte.

Zieht man all die zuvor genannten Posten zusammen, kommt man auf eine Gesamtsumme von 504,500 Mrd. €.

Von einem im vorliegenden Zusammenhang besonders bemerkenswertes Geschehnis berichtete KOWALSKI. Die Sowjetunion betrachtete die Polen zur Verwaltung überlassenen deutschen Gebiete⁴ als erheblich wertvoller als die-

⁴ In der deutschen Öffentlichkeit ist über die Morde an Deutschen bei und nach der Besetzung Ostdeutschlands im Wesentlichen nur etwas Falsches, nämlich dass „*die Deutschen*“ mit den Morden begonnen hätten. Das ist einfach falsch. Offenbar weiß Harri Czepuck, der Jerzy Kochanwokis Buch über die deutschen Kriegsgefangenen in Polen davon überhaupt nichts, indem er sagt, für diese Gefangenschaft sei die „*eigentliche Ursache...der Überfall von 1939 und das Wüten der Wehrmacht*“ gewesen sei, das „*manche Reaktionen der polnischen Kriegsgeneration nach dem Kriege, die deutsche Kriegsgefangenen auszuhalten hatten*“, erkläre; <http://www.polenews/puv/puw70-23html> (letzter Zugriff 19.11.2015). Dass es solche vorweggenommene Reaktionshandlungen schon für dem „*Überfall*“ gab, ist ihm of-

fenbar unbekannt. Auch er wagt sich an das Tabu nicht heran. Die polnischen Greuel an deutschen polnischer Staatsangehörigkeit setzten schon vor dem 1. September ein. Man glaubt es kaum: In der Zeit vor dem 1. Februar 1940 wurden 58 000 deutsche Tote oder Vermisste registriert!). Die Toten befanden sich zumeist in einem derart geschändeten Zustand, dass nur 12 857 Tote mit Sicherheit registriert werden konnten. So sagte der polnische Leutnant *Heilmann* aus *Groß-Wodeck* unter Eid aus, dass in seiner Kompanie der Bataillonsbefehl galt, alle Deutschen, die man in Bromberg anträfe, sollten erschossen werden. Ehemalige ukrainische Soldaten des polnischen Heeres berichteten, dass ihnen bereits vor Kriegsausbruch befohlen worden war, alle deutsche Zivilisten zu erschießen, zu erschießen. Der Landwirt *Franz Österreich* aus *Schulitz* berichtete, er habe dort 36 Leichen gesehen, darunter einen vierzehnjährigen Knaben. Alle Deutsche, die sich am 5. September 1939 im Haus der Zeugin *Bumke* aus *Langenau* aufhielten, wurden von polnischen Soldaten ermordet, die ihnen mit den Gewehrkolben die Schädel zertrümmerten. Man könnte diese Aufzählung von bezeugten Verbrechen lange fortsetzen. Tatsache ist ferner, dass sofort nach Kriegsausbruch eine große Anzahl von Konzentrationslager für Deutsche entstand, in denen gerade zu viehisch gemordet wurde, Zivilisten beispielsweise zum Beispiel mit Ketten zu Tode stranguliert. So wurde über das Lager *Berezka-Kartuska* berichtet. An den Mordtaten beteiligten sich viele polnische Zivilisten. Besonders viele geschahen in dem Raum um *Lodz*. Sogar Offiziere machten mit. In der Ortschaft *Jzabelow* wurde der Landwirt *Julius Engel* so zu Tode gebracht: Man zerschlug sein Gesicht zu einer unkenntlichen Masse und riss ihm Brust und Bauch auf, so dass die Därme heraushingen, Arme und Beine wurden

gebrochen. Dem Landwirt *Julius Fischer* war das rechte Auge ausgestochen und seine Waden wiesen zahlreiche Bajonettstiche auf. Dem Oberlehrer *Philipp* in *Grezsyn* hatte man die Füße abgeschnitten, den Körper gefählt, die Eingeweide herausgerissen. Am 8. September 1939 kam der deutsche Soldat *Fritz Kloiber* in einen Ort, wo sie drei tote nackte deutsche Mädchen antrafen, mit der Zunge an einem Tisch genagelt. Einem weiteren Mädchen waren innere Organe herausgeschnitten worden. Ein polnischer Offizier hatte mitgetan. Auch zahlreiche deutsche verwundete und andere Kriegsgefangene wurden bestialisch umgebracht. Am 9. September 1939 töteten polnische Soldaten in *Stopnica* fast alle Soldaten eines deutschen Musikkorps, die sie kurz zuvor gefangen genommen hatten. Leichen gefallener deutscher Soldaten wiesen grässliche Verstümmelungen auf: Ausgestochene Augen, abgeschnittene Ohren, Zungen, Gedecklechteile. In *Bromberg* sah am 5. September 1939 der vereidigte Zeuge *Anton Dombek*, wie man in einer halben Stunde sehr viele ältere Leute und ganze Familien umbrachte. Die wenig später eintreffenden deutschen Truppen fanden 182 Leichen. Verschiedene Zeugen vertraten die Meinung, dass die Verhaftungen Deutscher mittels entsprechender Listen bereits seit einiger Zeit vorbereitet waren. Nach Ende des Feldzugs erschienen in den deutschsprachigen Zeitungen noch viele Wochen lang die Nachrufe auf ermordete Familienangehörige. Niemand kann behaupten, dass diese Mordtaten eine Reaktion auf deutsche Greuel darstellten. Es verhält sich eher umgekehrt. Die späteren deutschen Greuel (kaum gegenüber Zivilisten, sondern in den Nazi-Konzentrationslagern oder Gefängnissen) stellten, wenn überhaupt, viel eher eine Reaktion auf die polnischen dar. Von massenhaft ermordeten kriegsgefangenen polnischen Solda-

jenigen, welche sie von Polen übernommen hatte, die ostpolnischen. Deshalb verlangte sie dafür 6 Mrd. \$. Da Polen über eine solche Summe nicht verfügte, verpflichtete sich die Regierung, stattdessen oberschlesische Kohle zu liefern. Diese Kohle wurde von deutschen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern gebrochen. Um den Wert dieser Kohlelieferungen und Arbeiten wurde Deutschland beraubt.

Demontagen in Westdeutschland

Die Briten forderten 1947 in ihren Demontagelisten 496 Werke, die Amerikaner 185 und die Franzosen 490. Die letzteren hatten bereits 1945 und 1946 insgesamt 43 000 Maschinen nach Frankreich abtransportiert. Meistens waren dabei die Wertsummen erheblich zu niedrig angesetzt. Der Abbau des *Krupp-Hochofenwerks* in *Essen-Borbeck*, eines der größten und modernsten in Europa, kostete 25 Mio. RM, doch dem Reparationskonto wurden dafür nur 9,5 Mio. gutgeschrieben. Für den Transport nach *Hamburg* wurden 5 000

ten ist eigentlich nichts bekannt. Wenn man von den vielfachen polnischen Greueln liest, muss man sich in der Tat fragen, warum deren Kenntnis den deutschen vorzuenthalten versucht, indem sie öffentlich ignoriert werden. Ist davon auch nur andeutungsweise die Rede, tut man so, als sei hier ein sittlicher Fauxpas geschehen. Die Wahrheit wird nur siegen, wenn sie gesagt wird, Es geht nicht darum aufzurechnen, sondern die Vorgänge in den richtigen Rahmen zu rücken.- Vgl. hierzu KERN, ERICH u. BALZER, KARL, *Alliierte Verbrechen an Deutschen*, Preußisch Oldendorf 1980, S. 24-92.-

Eisenbahnwaggons und 29 Schleppkähne benötigt. Noch im Jahre 1949 wurden 268 Fabriken demontiert (von 667 insgesamt). Die Arbeitslosenzahlen stiegen bedenklich an. Erst im April 1951 wurden die Demontagen eingestellt. Ihr Wert wird auf 5 Mrd. RM angesetzt bzw. auf 50 Mrd. DM oder 25 Mrd. €.

Es gab Proteste gegen diesen Abbau von Industrie. Der amerikanische Gouverneur LUCIUS CLAY drohte daraufhin, die Lebensmittel-Lieferungen nach Deutschland einzustellen. Die Liste der Demontagegüter werde erweitert, „*ob dies den Deutschen gefalle oder nicht*“. Der Abbau der einstigen *Herrmann-Göring-Werke* setzte sich bis die Fünfziger Jahre fort. Wegen der französischen Demontagen trat 1948 die Regierung von Württemberg-Hohenzollern zurück. Erreicht wurde nichts.

Von den heute etablierten Parteien wird gerne behauptet, die Demontagen hätten Rüstungsbetriebe betroffen oder seien gar vorteilhaft gewesen, da man so nur veraltete Fabriken loswurde. Aber das Gegenteil trifft zu. Die deutsche Industrie hatte in Zusammenhang mit den Kriegsanstrengungen fortgesetzt investiert. Die Anlagen waren die modernsten in Europa und waren nur wenig zerstört, weil das Flächenbombardement der Alliierten vorwiegend die Wohnbevölkerung betraf. Für die Richtigkeit dieser Feststellungen spricht unter anderem die Tatsache, dass 1948 in London berichtet wurde, die britische Uhrenindustrie werde demontierte deutsche Uhrenwerke bekommen. So erhalte die britische Uhrenindustrie eine Atempause, weil nun deutsche Konkurrenz ausgeschaltet sei. Viele Demontagen bezweckten die Vernichtung des deutschen Wettbewerbers.

Insgesamt stellten die Demontagen keinen Vorteil für den alliierten Wiederaufbau dar. Denn der Transport und der Wiederaufbau waren meist viel zu teuer. Sie waren wohl auch eher darauf abgestellt, deutsche Wirtschaftsmacht zu brechen. Völlig sinnlos war etwa der Abbruch von Werkshallen der *Düsseldorfer Gutehoffnungshütte*, 25 000 qm Bodenfläche, Hallen von 5 000 qm Nutzfläche. Alles sollte anderswo aufgebaut werden, fiel jedoch dann lediglich der Verschrottung anheim.

Besatzungs- und Stationierungskosten nach 1945

Besatzungskosten der Westalliierten 1945-1949

Das *Tübinger Institut für Besatzungsfragen* errechnete 1951 die Summe der Besatzungskosten mit 21,300 Mrd. DM. Das bedeutete: Westdeutschland musste jährlich im Durchschnitt 39,5 Prozent seiner Einkünfte den Besatzungsmächten überstellen; 1950-1955 handelte es sich um 301,800 Mrd. DM. Die Briten missbrauchten die Besatzungskosten-Ansprüche, indem sie damit zum Beispiel 6 100 Bridgetische, 3,5 Mio. Flaschen Steinhäger, 20 000 Damenschlüpfer und 1 000 Flaschen Sekt bezahlten. (Die Welt 15. März 1952).

Mit der zurückflutenden Wehrmacht waren Millionen von Osteuropäern nach Westen gegangen. Diese Flüchtlinge behaupteten jetzt gar nicht selten, sie seien verschleppt worden (*Displaced Persons*). Für den Unterhalt aller Menschen dieses Status' mussten 2,300 Mrd. RM/DM aufgebracht werden bzw. 11,500 Mrd. €. Demnach betrug die Summe der Kosten von Besatzung und der DPs 537,700 Mrd. DM bzw. 11,500 Mrd. €.

Im Jahr 1954 unterschrieb die westdeutsche Regierung ein Dokument, worin sie zusagte, monatlich 600 Mio. DM zu leisten, bis feststand, welchen Verteidigungsbeitrag die Bundesrepublik Deutschland leisten würde. In der Folge zahlte die Bundesrepublik 1954-1955 Stationierungskosten von 16 Mrd. DM bzw. 8 Mrd. €. Im Jahre 1956 begehrte KONRAD ADENAUER auf. Weitere 650 Mio. wollte er nur als eine abschließende Leistung zahlen. Darauf ließen sich die Alliierten jedoch nicht ein. So zahlte die Bundesrepublik 1954-1959 insgesamt 16 Mrd. DM oder 8 Mrd. € Stationierungskosten.

In der DDR belegten die 500 000 Soldaten der Roten Armee insgesamt etwa 36 000 Gebäude. Die Besatzungskosten betragen 1945-1954 16 Mrd. RM/OM. Das entspricht einem heutigen Wert von 80 Mrd. €. Von 1955-1994 sind sie jährlich auf etwa 2 Mrd. OM anzusetzen und (DM/OM 1:2 gerechnet). Damit gelangt man für 1945-1994 insgesamt an eine Summe von 180 Mrd. €.

Deutsche Zwangsarbeiter

Arbeitsklaven bei den Alliierten in Ost und West

Obwohl nach 1945 Deutsche bestraft wurden, weil sie während des Kriegs Ausländer zur Zwangsarbeit nach Deutschland hatten verschleppen lassen, wurden nun viele deutsche Soldaten und Zivilisten ihrerseits ins Ausland verschleppt, wo sie Zwangsarbeit verrichten mussten, zumeist unter unsäglichen Verhältnissen. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf die angebliche Humanität der Sieger.

Es muss einmal klar gesagt werden: Die so genannten Nürnberger Prozesse haben sich freilich als blinde Siegerjustiz erwiesen, nicht weil die Verurteilten nichts Verbrecherisches begangen hätten, sondern weil man ja postuliert hatte, dass zukünftig jedermann mit Bestrafung durch internationale Gerichte zu rechnen hätte, der einen Angriffskrieg führen ließ. Dazu kam es jedoch nie. Insbesondere bei dem Krieg gegen Nordvietnam (in welchem amerikanisches Militär nachgewiesenermaßen mehr als eine Million Südvietnamesen (!) getötet hat (infolge der als „*bodycounting*“ bezeichneten und praktizierten Taktik) und des zweiten Kriegs gegen den Irak handelte es sich um Angriffskriege (heute: „*Überfälle*“).⁵ Einzig Deutschland hat sich der Nürnberger Prozesse richtig erinnert, indem es an den genannten Kriegen nicht teilnahm.

Diese hier zur Rede stehende Zwangsarbeit erfolgte in der Regel unter den unmenschlichsten Bedingungen. Und Millionen haben die Torturen nicht überlebt. Obwohl die Genfer Konvention verbietet, Kriegsgefangene an andere Staaten auszuliefern, übergaben die Amerikaner 765 000 an Frankreich, 76 000 an Belgien und die Niederlande 200 000 an die UdSSR, in die letztere kamen insgesamt 3 349 000 Kriegsgefangene und 874 000 Zivilinternierte. Davon verloren 1 800 000 ihr Leben. Innerhalb der SBZ waren 222 671 Menschen interniert, wovon 43 645 umkamen. In Polen mussten ca. 100 000 Kriegsgefangene arbeiten und ca. 1 Mio. Zivilisten. Wie viele davon verstarben, ist unbekannt. In unserer Schulen und Medien hört niemand jemals davon, dass

⁵ Unter Bundeskanzler SCHRÖDER nahm die Bundesrepublik nicht am Irak-Krieg teil, zahlte jedoch hohe Subsidien an die USA. Bundeskanzler ERHARD hatte sich geweigert, deutsche Soldaten in den Vietnamkrieg zu schicken.

in der Tschechoslowakei nach 1945 Konzentrations- und Arbeitslager entstanden, in denen sehr viele Deutsche zu Tode kamen.⁶ Neuere Nachfor-

⁶ Hier soll kurz auf die tschechischen Lager eingegangen werden, wie sie ab Mai 1945 entstanden (nach BERGLER, EDITH, <http://www.egerer-landtag.de/Geschichte/TschechischesLagersystem.htm>, letzter Zugriff 11. November 2015) und NAWRATIL, HEINZ, Schwarzbuch der Vertreibung 1945 bis 1948, München 1999⁵. Über das ganze Land verteiltes Lagersystem entstand, in welcher ein großer Teil der deutschen Bevölkerung eingesperrt wurde. Es handelte sich um 1215 Internierungslager, 846 Arbeitslager und 215 Spezialgefängnissen; 350 000 Deutsche waren hier interniert und leisteten Zwangsarbeit. Der Terror dort forderte nach dem Historiker TOMÁŠ STANĚK bis 1946 insgesamt 24 000-40 000 Todesopfer. KURT BÖHME, einst Leiter des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes, gab 1970 die Zahl der dort bis 1955 Verstorbenen mit ca. 100 000 an. In diesem Jahr endeten die Internierungen, indem der Kreml Prag anwies, die Internierten (vor der Moskau-Reise Adenauers) freizulassen. Man hatte viele KZ-Einrichtungen der Nazis fortgesetzt: *Theresienstadt, Litvinov (Oberleutensdorf)* bei *Brüx, Maltheuern* bei Brüx, Komotau-Glashütte Reichenau, Neu-Rohlau, Freudenthal, Georgenthal und andere mehr. Sie hießen *Koncentrační Tabor* und wurden wegen des Auslands umbenannt. Die unmenschliche Behandlung blieb. Überall herrschten Hunger, nackte Gewalt gegen Deutsche aller Altersstufen, völlig unzureichende hygienische Verhältnisse, mangelnde medizinische Versorgung und Zwangsarbeit. Wegen dieser Zustände schrieb der britische Unterhausabgeordnete RICHARD R. STOKES nach einem Besuch: „*In der Tat wurden viele sudetendeutsche Sozialdemokraten, die wegen ihrer antinazistischen Gesinnung in KZs gebracht worden waren, jetzt in tschechische Arbeitslager eingewiesen, aus dem einzigen Grund, weil sie Deutsche waren. In Hagibor befinden sich typische Lager-Baracken mit drei-Stock-Betten, ohne primitivste Annehmlichkeiten und mit den schrecklichsten sanitären Einrichtungen. Ich fand alle Arten von Menschen im Lager vor. Das wöchentliche Menü des Lagers: Frühstück und Abendessen, schwarzer Kaffee und Brot, Mittagessen, Gemüsesuppe. Nach meiner Schätzung betrug ihre Rationen 750 Kalorien täglich, also unter denen in Bergen-Belsen. Um 6 Uhr kamen die ersten Arbeitgeber mit Autos und Lastautos in das Lager, um die Sklaven auszusuchen und abzutransportieren*“ Das KZ übernahmen die

Tschechen von den Nazis und führten es. HANS G. ADLER, ein von den Nationalsozialisten dort internierter Prager Jude, schrieb (Theresienstadt 1941-1945",Tübingen 1960) *„Die Befreiung von Theresienstadt hat das Elend an diesem Ort nicht beendet...In die Kleine Festung wurden Deutsche des Landes und reichsdeutsche Flüchtlinge eingeliefert, weil sie Deutsche waren. Man hatte bloß das Wort „Juden“ mit „Deutschen“ vertauscht. Die Fetzen, welche die Deutschen trugen, waren mit Hakenkreuzen beschmiert. Die Menschen wurden elend ernährt, misshandelt. Es ging ihnen um nichts besser als den Insassen der deutschen Konzentrationslagern. Die Anzahl der Häftlinge reichte an 3.000 kaum einmal überstiegen haben. Viele wurden erschlagen oder gingen im Lager zugrunde“*. Der deutsche Arzt DR. SIEGEL berichtete : *„Im KT Terezín befanden sich auch sechs Juden, die die nationalsozialistischen KZs überlebt hatten. Sie waren hier von Tschechen eingesperrt worden, weil sie Deutsche waren. Ab Kriegsende sind im KT Terezín wird die Zahl der Toten auf etwa 1 400 geschätzt. Trotzdem behauptet der tschechische Premier MILOŠ ZEMAN am 19. Mai 2002 bei einer Gedenkfeier, dass Tschechen Deutsche in Konzentrationslager gesperrt hätten, sei eine Lüge, die an Impertinenz nicht zu übertreffen sei. Im Raum Brüx (Most) gab es über 30 Konzentrationslager für Deutsche. Im Konzentrationslager Oberleutensdorf war über dem Torbogen der Wappenspruch der Tschechen zu lesen: „Pravda vítězí“ („Die Wahrheit siegt“)*. Bei der Einlieferung musste man Uhren, Schlüssel, Ausweise, Kleidung und Schuhe abgeben. Die Arbeitsstelle der Häftlinge waren die 4 km entfernt liegenden Hydrierwerke. Dort verflüssigte man Steinkohle zur Gewinnung von Treibstoff. Der Weg dorthin musste zweimal täglich im Laufschrift und in Holzschuhen zurückgelegt werden, in denen sie den Weg täglich zweimal im Laufschrift zurückzulegen hatten. Kopfbedeckungen waren verboten. Der Tag begann um 3.30 Uhr, die Nachtruhe um 22.00 Uhr. Die Häftlinge mussten 18 Stunden lang arbeiten, stundenlang stehen, wurden geschlagen und durften tagsüber nicht auf ihren Pritsche liegen. Das Essen bestand aus Wassersuppe, etwas Brot und schwarzem Kaffee. Häftlinge, die durch Gewalteinwirkung starben, wurden außerhalb des Lagers an der Bahnstrecke verscharrt. Die tschechische Regierung verweigerte eine Entschädigung der Zwangsarbeit für ihre deutsche Minderheit, obwohl diese Personen Zwangsarbeit für den Staat leisten mussten, dessen Staatsbürger sie heute sind, und für alle anderen deutschen Zwangsarbeiter, die bis zu zehn Jahre ausgebeutet worden waren. Die Prager Regierung forderte von der Bun-

schungen ergaben, dass an die 400 000 Menschen umgebracht wurden und dass sich in Prag und in Aussig regelrechte Blutorgien abspielten, obwohl es den Tschechen während der deutschen Okkupation relativ gut gegangen war, wie die Protektoratspolitiker es auch bestätigt hatten. Sie beriefen sich unter anderem darauf, dass die tschechische Bevölkerung 1939-1945 dort nicht unbeträchtlich zunahm, während sie im Ersten Weltkrieg abgenommen hatte. In materieller Hinsicht waren die Tschechen im Protektorat teils besser gestellt als die reichsdeutsche Bevölkerung. Die Grausamkeiten, 1945 vor allem ausgelöst von Agenten, die aus dem Ausland zurückkehrten, sollten vermutlich die Deutschen veranlassen, fluchtartig das Land zu räumen. Im Jahre 1998 wurde im tschechischen Fernsehen ein Film gezeigt, wie deutsche Gefangene mit Genickschuss getötet wurden. Zeugen erkannten einen der Täter, er hieß VOUKAL. Privat angestellte Nachforschungen ergaben, dass dieser Mann einen Antrag auf Nazi-Geschädigten-Rente aus Deutschland gestellt hatte. Obwohl angezeigt, stellte das Oberlandesgericht *Bamberg* im Jahr 2000 die Untersuchung dieses Falls ein, da der Beschuldigte „*unbekanntes Aufenthalts*“ sei.

Die deutsche Öffentlichkeit müsste endlich zur Kenntnis nehmen, dass in Tschechien alle Täter, die „*Vergeltung gegen die Okkupanten*“ geübt hatten, in den BENESCH-Dekreten vom 4. Juni 1946 für straffrei erklärt wurden, auch

desregierung Entschädigung für tschechische Zwangsarbeiter. Mit dem Eigentum der Deutschen sollten ursprünglich die NS-Verfolgten entschädigt werden, was jedoch bis jetzt nie geschah. Stattdessen stellte die Bundesregierung 423 Millionen D-Mark für die NS-Verfolgten bereit. Aus dieser Summe wurden pro Person: 15.000 D-Mark für Zwangsarbeit in einem deutschen KZ und 5.000 D-Mark für Zwangsarbeit anderswo.

wenn diese Taten strafbar gewesen wären. Die deutsche Politik hat es in 70 Jahren nicht fertig gebracht, dass die genannten Dekrete aufgehoben wurden.⁷

In Polen mussten ca. 100 000 Kriegsgefangene und 1 Mio. Zivilinternierte arbeiten,⁸ die ganze Zahl der dort Gestorbenen oder Getöteten ist nicht bekannt.⁹ Überhaupt sprach man in Polen nur von Arbeitslagern, weil sich darin nicht nur Kriegsgefangene, sondern auch Zivilinternierte befanden. Es gebe bei ihnen Arbeitskräfte gebe, die zwecks Wiedergutmachung zurückbehalten würden. Das Internationale Rote Kreuz ging von etwa 70 000 deutsche Kriegsgefangenen aus. Otto Bös berechnete deren Einsätze 1945 – 1950 auf insgesamt 61 393 060 Arbeitstage. In keiner der polnischen Geldforderungen an Deutschland taucht diese gewaltige Reparationsleistung auf,

⁷ Es ist allerdings verwunderlich, dass Benesch die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei betrieb, aber sich gegen eine solche aus Ostdeutschland aussprach. *„Benesch thought, that Polish claims to the Oder-Eastern Neisse were silly!“* Nach: FRANK, MATTHEW, *Expelling the Germans*, Oxford 2007.-

⁸ Aus Polen sind nur wenige Zahlen bekannt. In dem Sammellager *Neuhammer/Schlesien* befanden sich ca. 34 000 deutsche Kriegsgefangene. Diese wurden von Herbst 1945 an im Steinkohlebergbau eingesetzt. Davon sind ca. 5 400 Mann umgekommen also 15 Prozent. Im Lager Jaworzno starben 4500 deutsche Kriegsgefangene und Zivilinternierte. Wie viele sich insgesamt dort befanden, ist unbekannt. Etwa 400 000 polnische Soldaten gerieten in deutsche Gefangenschaft. Ungefähr 10.000 polnische Kriegsgefangene starben (vier Prozent) und zwar vor allem am Anfang wegen unsäglicher Haftbedingungen.

welche die Kriegsgefangenen unter barbarischen Umständen von 1945 - 1950 erbrachten.¹⁰

¹⁰ Nach ANDERS, WILHELM, Verbrechen der Sieger, Leoni am Starnberger See 1971, S. 340-354.- Viele der deutschen Arbeitslager-Insassen standen während des Winters täglich im Schnee in Holzschuhen ohne Strümpfe, die Füße in Abfallpapier gewickelt, ohne Hemd und ohne Mantel da. Tagsüber wurde ohne Strümpfe, Hemd und Unterhose, barfuss, nur mit der Uniform bekleidet, untertage gearbeitet. Die Unterkünfte waren völlig von Wanzen verseucht. Der Mensch galt den Grubenbetreibern als billigstes „Arbeitsmaterial“. Sein „Verschleiß“ fiel nicht einmal auf und „Ersatz“ ließ sich ja ohne Kosten beschaffen, mit willkürlichen Verhaftungen. Das Internationale Rote Kreuz bezeichnete die Verpflegung als gänzlich ungenügend, bei den großen Anstrengungen, denen die Männer täglich ausgesetzt sind“. Vom Lager *Bory* wird berichtet, dass dort Kriegsgefangene mit bis zu 75 Gummiknüppel-Hieben bestraft wurden, für Willkürliches oder Geringfügiges. Die Gefangenen glaubten, dass ihre Arbeit auf Vernichtung zielte, angesichts der Hungerrationen. War bei Schichtende die Norm nicht erreicht, mussten sie so lange arbeiten bis diese erfüllt war. So kam man manchmal auf 15 Stunden Schwerarbeit täglich. Wer angeblich nicht schnell genug zum Grubeneingang ging, bekam Kolben- und Knüppelschläge.- Interessant, was der polnische Regierungschef Marschall PILSUDSKI zu dem deutschen Gesandten von Moltke sagte, nämlich dass er glaube, Hitler sei ehrlich bemüht, alle Probleme zwischen Polen und Deutschland vernünftig zu lösen. „*Er möge aber nicht übersehen: Der Hass meines Volkes gegen alles Deutsche ist abgrundtief!*“ (Nach LEO THENN) <https://www.youtube.com/watch?v=340zAjg100o> (letzter Zugriff 19. November 2015). Ganz schlimme Zustände herrschten im Lager *Lamsdorf*. Dort musste Frau *Elsbeth Wochnik* zwei Monate verbringen. Die damals 17-Jährige musste zusehen, wie alte Leute zu Tode gequält wurden und Kinder an Unterernährung starben. Jeden Tag, erzählt sie, wurden die Männer gezwungen, stundenlang auf der Stelle zu marschieren und deutsche Lieder zu singen. Wer zu leise sang oder die Beine nicht hoch genug hob, wurde verprügelt. Im Frauenblock, wo sie mit ihrer Mutter untergebracht war, hatten alle Läuse. Es verging kein Tag, an dem niemand an einer Krankheit starb. Vor der Baracke für 120 Menschen stand ein Kübel, der nachts die Latrine ersetzte. Lief er

Erhebliche Unsicherheit besteht bezüglich des Verbleibs der Kriegsgefangenen und Internierten der Amerikaner und über die während der Haft umgekommenen Deutschen, besonders in den berüchtigten *Rheinwiesenlagern*. Die Schätzungen lauten dahingehend, dass die USA in ihrer Zone 600 000 Kriegsgefangene und ca. 650 000 Zivilisten festsetzten. Davon verstarben sehr viele, manche sprechen gar von einer Million (so der Frankokanadier JACQUES BRACQUE in seinem Buch „*Der geplante Tod*“).¹¹ Ursprünglich soll die Absicht

über, mussten die Häftlinge ihre Fäkalien vom Fußboden ablecken. Eine fünffache Mutter aus Szydlow, die sich geweigert hatte, wurde erschossen. Ihre Leiche beseitigten Wachposten in der Nacht. Doch die Reste ihres Hirns, die auf dem Boden neben dem Kübel klebten, konnte Frau Wochnik am nächsten Morgen noch deutlich sehen. Auch Lucyna Kurjahn war in Lamsdorf. Zu essen gab es dort verfaulte Kartoffeln, erinnert sich die Frau, die heute 64 Jahre alt ist: zwei morgens und zwei abends, sowie eine ungenießbare Suppe, die mangels Geschirrs aus verrosteten Blechbüchsen gegessen wurde. Dieselben Büchsen mussten Häftlinge zum Waschen des Fußbodens verwenden. Jede Nacht seien die verängstigten Frauen von betrunkenen Posten verprügelt und vergewaltigt worden, sagt sie.

¹¹ Die Diskussion bewegt sich vor allem darum, dass das Schicksal von ungefähr 1.2 Mio. deutscher Vermisster ungeklärt ist. Früher glaubte man, die meisten davon wären in russischer Gefangenschaft verstorben. Diese Auffassung muss als überholt gelten, nachdem die wissenschaftliche Forschung Zugang in die Archive der ehemaligen Sowjetunion erhält. Nach Kriegsende kamen im Osten erheblich weniger Soldaten ums Leben, als man bisher gedacht hat. Folglich müssen im Westen sehr viel mehr zu Tode gekommen sein. Es sprechen manche Anzeichen dafür, dass BRACQUE recht hat, vor allem der Sachverhalt, dass man eben gerade auf ca.1,1 Mio. fehlende Menschenschicksale kommt, wenn man die eindeutigen und unbestreitbaren russischen Unterlagen voraussetzt. Freilich wollen die westlich orientierten deutschen Medien davon nichts wissen. So schrieb DIE WELT am 16.11.2011, Bracques These sei längst widerlegt. Aber das ist nicht wirklich der Fall; vgl. hierzu <http://www.welt.de/kultur/history/article13718678/Schurkenstueck-um-tote-deutsche->

der Amerikaner gewesen sein, alle deutschen Gefangenen verhungern zu lassen. Jedenfalls wurde ihnen der Status als Kriegsgefangene entzogen, so dass das Internationale Rote Kreuz keinen Einfluss nehmen konnte. Sie galten als „*Entwaffnetes Feindpersonal*“.

Man muss es deutlich sagen, dass Nichtdeutsche, also Ausländer, Angehörige der ehemaligen Feindstaaten, sich mit deren vermeintlichen oder realen Kriegsverbrechen befassen, während dergleichen in Deutschland ein Tabu ist. Wenn Private auf den Rheinwiesen Nachforschungen anstellen und nachgraben wollten, traten sofort deutsche Behördenvertreter auf, die derartige Absichten unterbanden.¹² Warum eigentlich? Und nur lachhaft wirken die

[Kriegsgefangene.html](#) (letzter Aufruf 11.11.2015). Wenn aber die Zahl der Im Westen umgekommenen Deutschen aber doch nicht so hoch wäre, wie Bracque meinte, dann kann die sich ergebende Differenz nur im Osten, also in Polen oder in der Tschechoslowakei umgekommen sein.

¹² Private Grabungen anstellen wollte der Experte OTTO SCHMITT im Boden des ehemaligen Gefangenenlagers *Bretzenheim*. Dies wurde ihm vom Landesamt für Denkmalpflege untersagt. Darüber kam es dann sogar zu einem Prozess, den Schmitt verlor. Das Gericht bedeutete ihm, dass das ehemalige Lagergelände ein Kulturgut sei, an dessen Erhaltung ein öffentliches Interesse bestehe. Man müsse befürchten, dass wichtige Bodenfunde infolge unsachgemäßer Grabung für immer zerstört werden könnten. Fachkräfte des Landesamts stünden derzeit nicht zur Verfügung. Nun wurde es wieder still um die Toten von Bretzenheim. Im Jahre 2002 stimmte das Landesamt zu, sofern der Volksbund für Deutsche Kriegsgräber die Grabungen vornehme. Doch nun sprach das Innenministerium von Rheinland-Pfalz ein Verbot aus. Denn auf dem Gelände befänden sich gar keine Gräber. Grabungen in Bretzenheim sind immer noch verboten. Sie könnten nur genehmigt werden, wenn man bereits Tote gefunden hätte. Aber Tote könnten nur durch Grabungen 0gefunden werden. Diese sind jedoch verboten. <http://www.rheinwiesenlager.de/Toten.htm> (Letzter Aufruf 11.

immer erfolgenden Hinweise, man müsse die Verhältnisse in den Lagern stets im Zusammenhang mit den Nazi-Untaten sehen. Die Deutschen sollen demnach glauben, dass nur sie selbst an allem schuld gewesen sein, auch an der damaligen Situation in den momentanen Lage.

Übel erging es auch der einen Million nach Frankreich gebrachten Gefangenen. Von ihnen verstarben ca. 115 000. In Großbritannien arbeiteten 460 000 deutsche POWs. Große Unklarheit besteht über die Zahlen der in jugoslawische Konzentrationslager eingesperrten deutschen Zivilisten. Die Zahl der dort Getöteten reicht an mehrere Hunderttausende. Generell waren Volksdeutsche in den Balkanländern nach 1945 vogelfrei, weshalb etwa 1 Mio. von ihnen umkam. Oft wurden sie bereits früh verschleppt, nämlich schon zum Zeitpunkt des Einmarsches der Roten Armee in die Sowjetunion, also vor Kriegsende. Mehr als Hunderttausend deutsche Kriegsgefangene wurden in Jugoslawien ermordet. Auch die Russlanddeutschen mussten viel erleiden. Es ist belegt, dass in Jugoslawien 30 000 deutschen Frauen die Kinder weggenommen wurden. In Deutschland existiert heute jedes Tabu, diese Gräueltaten überhaupt anzusprechen. Aber warum denn eigentlich? Sofort wird die Auschwitz-Keule hervorgeholt und es kommt der Vorwurf, man wolle *aufrechnen*. Natürlich können unsere Politiker ihr Geschäft am leichtesten tun, wenn sie stets „*mea culpa*“ sagen. Wir wissen heute, dass echte Versöhnung nur gelingt, wenn man zur Wahrheit steht. Diese siegt, wenn sie ausgesprochen wird. Dann kann man mit gutem Gewissen vergeben und vergessen. Es waren mindestens 6 Mio. Kriegsgefangene und weitaus mehr als 3 Mio. Zivil-

internierte, die nach 1945 im Ausland Zwangsarbeit verrichteten. Dabei kamen mehr als drei Millionen Deutsche zu Tode, nach Kriegsende!

Man muss ferner darauf hinweisen, dass die im Krieg nach Deutschland verschleppten Ausländer erheblich besser behandelt wurden als die später ins Ausland gebrachten Deutschen. Jene erhielten Lohn, waren krankenversichert und genossen manche Betreuung. Viele kamen als Freiwillige und wollten nach 1945 nicht zurückkehren. Angesichts dieser Sachverhalte kann man nur den Kopf schütteln, dass die Bundesregierung den betroffenen Ausländern Renten zahlt, aber nichts für die deutschen Zwangsarbeiter einfordert. Es sind gar Fälle belegt, dass Tschechen als Mörder von Deutschen erkannt wurden, die eine deutsche Rente bezogen. Die gegen diese Menschen gerichteten Anzeigen verliefen im Sand. Und man muss es als eine gewaltige Dreistigkeit nennen, dass die Polen vor wenigen Jahren von Deutschland nachträglich nochmals 600 Mrd. Reparationen verlangte. Sie haben sich doch Ostdeutschland widerrechtlich angeeignet! Übrigens zahlten einige der ehemaligen Ostblockstaaten, darunter Ungarn und Rumänien, den einst beraubten Deutschen eine Entschädigung. Davon wollen Polen und Tschechen nichts wissen. In dieser Sache genießen sie Rückendeckung seitens der EU.

Nun eine Rechnung. Mindestens 6,5 Mio. Deutsche leisteten Zwangsarbeit, bis 1955, als die letzten Kriegsgefangenen heimkehrten. In drei bis vier Jahren kommen so, der Arbeitstag bis zwölf Stunden lang, dieser angesetzt zu 10 DM, insgesamt 650 Mrd. DM zusammen bzw. 325 Mrd. €. Professor SCHLEE errechnete gar 365 Mrd. €.

Vermögensverluste infolge Vertreibung

von Deutschen aus der Tschechoslowakei

Das von Deutschen besiedelte Gebiet in Böhmen war etwa so groß wie Belgien. Das dortige gewerbliche Vermögen (Landwirtschaft, Gartenbau, Forstwirtschaft, Kohlenbergbau, Industrie, Kuranstalten, Wohnhausbesitz, Geldanstalten, Eisenbahnen u. a.) der Deutschen wurde genau detailliert auf 58,300 Mrd. RM berechnet. Dazu kommen noch die nicht gewerblichen Vermögen (Privatvermögen, Vereinsvermögen, Theater, Schulen, Wasserbauten, Einrichtungen der Gesundheitspflege u. a.). Das kam auf 58,300 Mrd. RM). Beide Posten ergeben zusammen 637,4 Mrd. RM bzw. 318 Mrd. €. Man hat oft den Eindruck dass die böhmischen und mährischen Deutschen von allen Vertriebenen am meisten um die Aufarbeitung der Beziehungen zwischen Deutschen und dem Nachbarvolk gearbeitet haben. Sie waren eben in vieler Hinsicht stets besonders rührig.

WELSER wies darauf hin, dass allein die geraubten zwei Millionen goldenen Eheringe zusammen ein Gewicht von mehr als zwei Tonnen errichten. Dazu kämen noch Schmuck, Gemälde, goldene Uhren, anderes.

Die Vertreibungen geschahen unter grausamsten Umständen, die man Völkermord nennen muss. Obwohl die Tschechoslowakei die Statuten des Internationalen Militärgerichtshof anerkannt hatte, vollzogen sich hier viele sehr schwere Verbrechen. Neueste Autoren wie SEIDLER sagen, dass zusätzlich zu den ermordeten Zivilisten weitere 400 000 ebenfalls ermordete deutsche Kriegsgefangenen zu zählen sind. In den letzten Jahren wurden in Tschechien mehrere Massengräber bekannt, in welchen bis zu 40 000 sterbliche Überreste von Deutschen ruhen. Im deutschen Fernsehen sieht man beständig deut-

sche KZ-Greuel. In der deutschen Öffentlichkeit ist jedoch niemals die Rede von den tschechischen grauenvollen KZ wie zum Beispiel von *Stefanau*. Denn hier handelte es sich nur um Deutsche, denen dergleichen zumutbar war, wie die deutsche Regierung offenbar für sich mutet. Freilich erleichtert es die Tätigkeit der deutschen Politik-Schauspieler, wenn sie an diese Dingen nicht zu rühren brauchen. Diese müssen in den richtigen Rahmen gerückt werden. Man muss wissen, dass es 1945 in fast allen europäischen Ländern Konzentrationslager gab. Die deutschen waren nicht generell die schlimmsten!

Vermögensverluste in Ostdeutschland

MEISER erhielt auf eine Anfrage bei der Bundesregierung die Antwort, man hätte keine Unterlagen über die an Polen geleisteten Reparationen. Warum will man darüber nicht reden? Eine Bundesdrucksache von 1995 beziffert den Gesamtwert des ostdeutschen Grund- und Betriebsvermögens in den deutschen Ostgebieten auf 2,200 Bill. DM bzw. 1,100 Bill. € beziffert. BASLER berechnete den kulturellen Gesamtwert der Ostgebiete und des Sudetenlandes mit 2 Bill. €. Diese Summe wäre der oben erwähnten letzten gigantischen polnischen Forderung entgegen zu halten. Weil dergleichen an ein Tabu rührt, traut sich keine deutscher Regierung.

Vermögensverluste der Deutschen in Jugoslawien

Das kommunistische Tito-Regime war für die Ermordung von mindestens 80 000 deutschen Kriegsgefangenen und mehr als 64 000 Zivilisten verantwortlich. Viele Schätzungen liegen noch ganz erheblich höher.

EGGER legte bereits 1983 eine Berechnung der deutschen Vermögen in Jugoslawien vor. Als Grundlage benutzte er die Angaben des Lastenausgleichs

zur Errechnung eines Verkehrswertes von 1945. Er taxierte das landwirtschaftliche Vermögen, das Grundvermögen, das Betriebsvermögen, die Spareinlagen und die geldwerten Ansprüche auf insgesamt 3,400 Mrd. RM. Hinzurechnen sind die Gemeinschaftsvermögen und der Anteil der Deutschen am öffentlichen Vermögen. So ergeben sich 4,200 Mrd. RM bzw. 42 Mrd. DM oder 21 Mrd. €.

Sodann die weiteren Vermögensverluste der Deutschen in der SU, in Rumänien, Ungarn, Polen und in der Slowakei: 1,600 Bill. DM beziehungsweise 0,800 Bill. €.

Alliiertes Kunstgüter-Raub

Nach der Haager Landkriegsordnung von 1907 sind Kunstgüter besonders geschützt. Nicht selten haben die deutschen Besatzungsbehörden dagegen verstoßen. Diese Handlungen wurden weitgehend rückgängig gemacht – im Gegensatz zu den Raubaktionen der Alliierten. Nach AKINSHA bildete die Rote Armee spezielle „*Trophäenbrigaden*“. Im Geheimen hatte man bereits Verschleppungsaktionen geplant. Nach sowjetischen Unterlagen wurden 2,5 Mio. Kulturgüter in 14 Militärzügen und zwei Flugtransporten in die SU gebracht. Die GUS-Staaten haben die in ihrem Besitz befindlichen geraubten deutschen Kunstgegenstände zumeist zurückgegeben, doch nicht Russland. Zu Ende 1955 erhielt die Dresdener Gemäldegalerie 1 240 Werke zurück. Im Jahre 1958 kamen weitere 1,5 Mio. in die DDR. In Russland befinden sich noch immer eine Million Kunstgegenstände, davon 200 000 von besonderem Wert und ferner 4,6 Mio. Bücher und Archivgüter aus deutschen Bibliotheken und Museen. Im Jahre 1999 erklärte das russische Verfassungsgericht die „*Beute-*

kunst“ zum Nationaleigentum. Ein Jahr zuvor hatte das Bundesministerium des Inneren eine große Liste der deutschen Kulturgüter erstellt, die nach Russland gekommen sind. Dazu gehörten zum Beispiel: Aus der Stiftung *Preußischer Kulturbesitz insgesamt 550 Skulpturen der Skulpturensammlung*, 3 300 Musikinstrumente des Musikinstrumenten-Museums, 3 000 Zeichnungen und Druckgraphiken des Kupferstichkabinetts, sehr wertvolle 850 Gemälde der Nationalgalerie, 206 000 Druckschriften der Staatsbibliothek und 746 Staatsverträge des früheren preußischen Außenministeriums. In den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden wurden 80 000 graphische Blätter, 178 antike Skulpturen, 67 Skulpturen des 19. und 20. Jahrhunderts und 477 Gemälde geraubt, darunter solche von BREUGHEL, CRANACH und TINTORETTO. Die Liste ist sehr, sehr lang.

Auch Amerikaner, Briten, Franzosen und Polen raubten. US-amerikanische Fachwissenschaftler im Offiziersrang suchten die Werke aus, eine Anzahl von 1800 Exemplaren aus deutschen Galerien gelangten so in die USA. Das ist so gut wie unbekannt. Die im Juli 1945 nach Westen abgegangenen 10 000 Eisenbahnwaggons enthielten nicht nur Rüstungsgüter, sondern auch Kunstschätze. Der britische Feldmarschall Sir ALAN BROOK ließ aus Schloss *Cäcilienhof* Bücher mitgehen. Schloss *Schwarzburg* wurde von US-Soldaten geplündert. Dabei verschwanden Bilder etwa von CASPAR DAVID FRIEDRICH. Der Quedlinburger Domschatz wurde von einem GI gestohlen.

Bereits Ende 1980 hatte die DDR eine Liste der 1945 in Thüringen geraubten Kunstschätze erstellen lassen. Die Bundesregierung hat sie nie beachtet, geschweige denn daraus irgendwelche Folgerungen gezogen.

Polen eignete sich in den Ostgebieten alles an, was nicht rechtzeitig nach Westen gebracht wurde, darunter auch die von Flüchtlingen zurückgelassenen privaten Sammlungen, die Bestände der Museen, Bibliotheken und Archive, 20 000 Notenautographen, u. a. von BACH und MOZART, viele Manuskripte von Dichtern und Gelehrten, die Nachlässe von HUMBOLDT und HOFFMANN VON FALLERSLEBEN.

Deutschland hat seine Beutekunst zurückgegeben, doch immer noch befinden sich über 1 000 Beschlagnahmen in französischen Museen. Rückgaben der Amerikaner, soweit sie überhaupt erfolgten, mussten hoch bezahlt werden, zum Beispiel die Handschrift des Hildebrandslieds.

Wenn man davon ausgeht, zu welchen Preisen die Kunstwerke heute gehandelt werden, wird man auf eine Summe von 1 Bill. € kommen. Dabei ist das Gold der Eheringe mitgerechnet, von denen die Deutschen 1945 „befreit“ wurden. Es ist eine unbegreifliche Schande, dass sich die Bundesregierung nicht um die Rückgabe der geraubten Güter bemüht, selbst jedoch stets zahlt.

Und es stellt bestimmt keine Zumutung an die Bundesregierung dar, sie aufzufordern, diese Güter zurückzuholen zu versuchen. Eigentlich ist sie dazu verpflichtet. Denn alle Regierungsangehörigen haben geschworen, Schaden vom deutschen Volk fernzuhalten.

Innerstaatliche Kriegsfolgeleistungen 1945-1989

Folgekosten der Vertreibungen 1945-1989 (ohne SBZ/DDR)

Vor allem die unmittelbare Nachkriegspolitik der Alliierten kostete Millionen von Deutschen noch das Leben oder trieb sie in bittere Not. Nach 1945 kamen weitaus mehr Deutsche ums Leben als während des ganzen Kriegs. Im Lastenausgleichsgesetz von 1952 erhielten viele der Kriegsfolgengeschädigten soziale Hilfe oder Altersversorgung. Diese Leistungen erfolgten in der Absicht, für die entgangene Nutzung verlorener Vermögen einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Sie hätten eigentlich von den Vertreiberstaaten übernommen werden müssen. Infolgedessen sind diese Zahlungen als ins Ausland erfolgte zu betrachten. Bis 1989 brachte die Bundesrepublik Deutschland dafür und im Rahmen des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes 1,500 Mrd. DM bzw. 731,500 Mrd. € auf.

Reparationszahlungen Österreichs

Der Staatsvertrag 1955 sprach den vier Hauptalliierten das Recht zu, über alle (reichs-)deutsche Vermögen in Österreich zu verfügen. Außerdem durfte die Sowjetunion 60 Prozent der Erdölförderung übernehmen. Dazu noch musste Österreich jährlich den Wert von 420 000 Tonnen Rohöl an die SU liefern, in Geld. Eine große Anzahl von österreichischen Unternehmungen, die mit der Verteilung von Erdölprodukten zu tun hatten, wurde ins Eigentum der SU überführt. Ferner erhielt die SU das in Ungarn, Rumänien, Bulgarien und in der sowjetisch besetzten Zone Österreichs befindliche Eigentumsrecht der *Donaudampfschiffahrtsgesellschaft* übertragen. Dazu hatte Österreich innerhalb der folgenden sechs Jahre nach dem Staatsvertrag noch 150 Mio. \$ zu leisten.

Die ca. 300 enteigneten (reichs-)deutschen Betriebe in Österreich wurden in der USIA zusammengefasst, einem sowjetischen Wirtschaftsimperium mit 45 000 Beschäftigten, das keine Steuern zu entrichten brauchte. Deswegen muss man 2 Mrd. \$ - 2,500 Mrd. \$ dafür ansetzen, welche dem österreichischen Staat so entgingen.

Der Gesamtschaden für Deutschland ist kaum zu beziffern. Der Verlust der *Erdölgebiete des Marchfeldes* wäre auf –zig Mrd. € anzusetzen. Dazu käme der Wert der 300 enteigneten deutschen Betrieb.

An dieser Stelle sei vermerkt, dass Österreich keinen Verfassungstag als Nationalfeiertag kennt. Denn die Verfassung von 1927 wurde wieder gültig. Im Gegensatz dazu musste sich die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland mit einem Grundgesetz zufrieden geben, das die Souveränität einschränkte. Im so genannten Zwei-Plus-Viervertrag wurde die Fortgeltung des die Souveränität mindernden Grundgesetzes beschlossen und damit die Forderung dieses Gesetzes nach einer Volksabstimmung über eine echte Verfassung zu ignoriert. Da die Weimarer Verfassung nie außer Kraft gesetzt wurde, besteht das Deutsche Reich demnach de jure weiter. Eine Schande, dass die politische Klasse der Bundesrepublik Deutschland nicht wagt, die Frage der Souveränität wirklich aufzurollen.

Bilanz: Deutsche Vermögensverluste und Zahlungen 1945-1989

Nach RUMPF hat es bislang keine Bundesregierung jemals gewagt, darüber eine Liste aufzustellen. Denn mit einer solchen Publikation wäre eindeutig klargestellt, dass Deutschland 1945 nicht befreit wurde. Im Gegenteil: Die

einst beabsichtigte Vernichtung des deutschen Volks wurde fortgesetzt. Von den Kriegsgefangenen in den Rheinwiesenlagern war bereits die Rede. Große Verluste kostete die jahrelang fortgesetzte Hungerblockade. Als Beispiel dafür sei angeführt, dass im August 1945 EISENHOWER zwei in Stuttgart angekommene Güterzüge mit gestifteten Lebensmitteln aus der Schweiz unausgeladen nach dort zurückschicken ließ. Auch der Import wichtiger Arzneimittel wurde konsequent verhindert.

BELLINGER bezifferte die Verluste wegen der genannten alliierten Maßnahmen in der deutschen Zivilbevölkerung auf mindestens 5,7 Mio. (!) Tote. In dieser Zahl sind die nahezu 3 Mio. Vertreibungsermordete gar nicht mitgerechnet. Beide Sachverhalte erfüllen eindeutig den Tatbestand des Völkermords. Diese Absicht bestand in den USA schon von Anfang an, seit Kriegsbeginn. Denn so hatte KAUFMANN im Jahr 1941 geschrieben: „*Das Verschwinden der Deutschen aus Europa wird keine negativere Wirkung haben als das Verschwinden der nordamerikanischen Indianer*“. Von den Gedanken, die sich nazistischen Politiker 1942 über Osteuropa machten (nicht mehr 1943, als der *Generalplan Ost* aufgehoben wurde) haben alle Deutsche einmal gehört, doch sie wissen zum Beispiel überhaupt nicht, dass ROOSEVELT sich tatsächlich einmal Gutachten darüber erstellen ließ, wie lange die Sterilisation aller Deutschen dauern würde. Gegen Kriegsende nahm unter den Kommandeuren und den Soldaten der Westalliierten die Mordlust stark zu, wie etwa die sinnlosen Luftangriffe auf Städte (Dresden, Würzburg) und die Tieffliegerangriffe auf Zivilisten (Bauern bei der Feldarbeit, Landkinder auf dem Weg zur Schule) zeigen. Die Piloten wurden dazu angehalten. In der Tat standen die Westalliierten Tat kurz vor einem gigantischen Völkermord.

WINSTON CHURCHILL hatte Giftgas-Angriffe auf deutsche Städte bereits durchgesetzt und die dafür in den USA hergestellten Bomben waren bereits geliefert. Oft hat man den Eindruck, dass alliierte Politiker unter einem von der eigenen Kriegspropaganda erzeugten Mordrausch standen.

Reparationskreditschulden nach 1945

Im deutschen Fernsehen und anderswo wird von unterschiedlicher Seite oft behauptet, dass Deutschland 1953 die alten Reparationsschulden gestrichen worden seien. Aber der Reparationsverzicht von 1932 galt nicht für all die Kredite, welche die Reichsregierung in USA und in Schweden aufgenommen hatte, um die Reparationszahlungen bedienen zu können. Der Reichskanzler Hitler hat die genannten Anleihen übrigens fortgezahlt, die Zahlungen somit nicht eingestellt. Sonst wäre das Reich nicht mehr kreditfähig gewesen. Viele Papiere der YOUNG-Anleihe, die zeitweise nur zu 30 Prozent des Nennwertes gehandelt wurden, hat das Reich selbst aufgekauft. Den Rest dieser Verschreibungen beschlagnahmten die Sowjets und warfen sie auf den Geldmarkt, wo sie in der Tat Käufer fanden. Man glaubte, der neue deutsche Staat werde für die Schulden des alten eintreten, was zutraf. An die Inhaber dieser Bonds zahlte die Bundesregierung bis 1980 für den Rückkauf der Papiere insgesamt 1,500 Mrd. DM.

Dazu kam die Tilgung der Reparationskredite. Diese wurde zum Teil erst nach der Wiedervereinigung fällig. Denn auf dem Boden des Deutschen Reichs hatte die Bundesrepublik nur einen Teilstaat dargestellt. Und so wurde nach 1990 die endgültige Tilgung der Reparationskredite fortgesetzt und sodann zum Abschluss gebracht. Jedenfalls zahlte man bis 2010 wegen der

Rest-Reparationskredite insgesamt 34,200 Mrd. €. Bis die Summe ganz getilgt war, liefen die Zahlungen Jahre lang weiter.

Der gesamte Raub an deutschem Volksvermögen 1944-2010

Summiert man die **bisherigen Positionen zusammen, ergibt sich eine Summe von 11,7 Bill. €** (einschließlich der konfiszierten deutschen Auslandsguthaben).- Wenn in der Zukunft einmal mehr Akten zur Verfügung stehen sollten, wird diese Zahl noch größer werden. Vor allem müssten noch die Verluste mitgerechnet werden, die Deutschland deshalb erlitt, weil es wegen des Verlustes von Staatsgebiet im Osten nicht mehr an der entsprechenden Wertschöpfung Anteil nehmen konnte.

Und wenn es zu einer bleibenden Versöhnung kommen soll, ist es notwendig, dass Polen und Tschechien die Vertreibungsverbrechen als solche anerkennen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger ist zu verlangen.

III. Deutschlands Zahlungen ans Ausland nach 1945

Wiedergutmachung statt Reparationen

Nach 1945 haben die Alliierten Billionen aus Deutschland herausgeholt. Angesehene deutsche Politiker heißen das Befreiung. Doch damit nicht genug. Seit 1952 wird das Land von „*Wiedergutmachungsleistungen*“ stark zur Ader gelassen. CHAIM WEIZMANN, der erste Präsident des Staates Israel, schätzte 1945 die Schädigungen, welche die Juden erfahren hatten, auf 2 Mrd. £. Dazu kamen noch die Ansprüche der einzelnen körperlich und seelisch Geschädigten. Sie betragen etwa 20 Mrd. DM (*Die Zeit* vom 30.10.1981). Den israelischen Politikern ging es vor allem um Hilfen für die Ansiedlung von europäischen Juden in Israel. Im Jahre 1978 erklärte NAHUM GOLDMANN, der ehemalige Verhandlungspartner KONRAD ADENAUERS, infolge der (juristisch unnötigen) moralischen Selbstverpflichtung habe man von den Deutschen bis zu diesem Jahr 30 Mrd. herausgeholt und man würde noch 30 Mrd. von ihnen bekommen. Im Grunde ließ sich die Bundesregierung mit der ständigen Erinnerung an nationalsozialistische Untaten mit dem Druck gewisser Interessenvertretungen erpressen. Solange nicht über die Entschädigung

Deutschlands wegen der verlorenen Ostprovinzen geredet wurde, wären Vorleistungen eigentlich unnötig gewesen. In Israel wird es vermieden, die riesigen Geldleistungen der Bundesrepublik anzuerkennen, zumal sie die Rentner meistens gar nicht erreichen, sondern an Organisationen gehen, die sich fortgesetzt unversöhnlich zeigen. Die Wiedergutmachungszahlungen haben dazu beigetragen, dass die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit überschritten sind. Die deutsche Verschuldung erreicht inzwischen einen Stand von über 2 Bill. € und man muss sich ernsthaft fragen, ob das Land nicht der Zahlungsunfähigkeit entgegengeht. Das soziale Netz ist bereits arg gefährdet. Dass die an Israel überwiesenen Gelder in ein Fass ohne Boden geworfen zu werden schienen, erkannte 1957 bereits der damalige Finanzminister JULIUS SCHÄFFER. Daraufhin erfolgten heftige Angriffe seitens des Zentralrats der Juden in Deutschland. Es wurde gedroht, die in Deutschland bereits neu erstandenen jüdischen Strukturen einzureißen. Während niemand die Verantwortung für alliierte Kriegsverbrechen und für die Verbrechen der Kommunisten trug, haben sich die Deutschen ihrer Verantwortung in einem beispielhaftem Ausmaß gestellt und Wiedergutmachung geleistet, obwohl bereits Mitte der Siebziger Jahre deutlich war, dass die Zahl der Geschädigten naturgemäß hätte abnehmen, die Zahlungen sich dementsprechend verringern müssen. Im Jahre 1952 wurden pauschale Entschädigungen und (niemals zurückgezahlte) Kredite in der Höhe von 3,500 Mrd. DM, nach heutigem Wert 17,200 Mrd. € an Israel geleistet. Dann folgten 1956-1966 2 Mrd. DM (nach heutigem Wert) 10,400 Mrd. €, an Juden gezahlt, die in den europäischen Ländern lebten.

Im Jahre 1953 kam das Bundesentschädigungsgesetz, das Zahlungen für alle politisch oder aus religiösen Gründen Verfolgte (zum Beispiel Zeugen Jehovas) vorsah. Dafür gingen bis 1990 insgesamt 66,300 Mrd. auf. Zu den so Begünstigten gehörte beispielsweise HERBERT MARCUSE, der eine sechsstellige Summe erhielt, weil man ihm eine sichere Professorenstelle verweigert hatte, eine Riesensumme, wenn man sie damit vergleicht, was Millionen deutscher Soldaten erhielten, die versehrt oder schwer erkrankt aus dem Krieg zurückkehrten, von den entgangenen Lebenschancen ganz zu schweigen.

Und 1965 folgte das Bundesentschädigungs-Schlussgesetz. Jetzt wurden solche Juden entschädigt, die nach dem 1. Oktober 1953 aus Osteuropa ausgewandert waren. Geld ging nun ferner an Stiftungen wie derjenigen für Deutsch-Polnische Aussöhnung (250 Mio. DM). Im Rahmen dieses Gesetzes wurden 1952-2009 insgesamt 363,200 Mrd. € gezahlt und aufgrund des Gesetzes von 1953 für 1953-2009 die Summe von 45 Mrd. €. Für die Verfolgten des Nazi-Regimes gab es nun lebenslange Renten. Außerdem existierte eine Wiedergutmachung als Bundesleistung 1950-2009. Sie belief sich auf eine Summe von 8,4 Mrd. ging. Im Jahre 1960 forderte BEN GURION in New York von Adenauer, die Bundesrepublik müsste auch für die DDR eine Wiedergutmachung leisten. Weil das kaum durch den Bundestag gegangen wäre, entschied man sich stattdessen für deutsche „*Entwicklungshilfe*“. Unter dieser Titulierung flossen bis 2010 6,9 Mrd. € an Israel (140 Mio. im Jahr). Dazu kamen Zahlungen an 150 000 nach 1953 aus Ostblockstaaten in Israel eingewanderte Juden, Zusatz-Renten. Der Posten betrug 1970-2010 nach heutiger Kaufkraft in summa 40 Mrd. DM bzw. 20 Mrd. €.

Was geschah in Israel mit all diesem Geld? Auf diesem Zufluss beruhen nahezu die gesamte Landwirtschaft, die Industrie, die Handelsflotte und die Kraftwerke. All das wurde nach SAGI von Deutschland finanziert.

Was es damit auf sich hatte, dass in einer *Tel Aviver* Zeitung 1986 die Anzeige erschien, jeder Gebildete (mit Berufsausbildung) könne dort eine deutsche Rente erhalten, wenn er 50 Monate lang in Israel arbeite, ist unklar. Flossen noch unausgewiesene Zahlungen nach Israel? In New York machte das dortige Generalkonsulat 1991 bekannt, dass jeder vom Nazismus Verfolgte sein im Gebiet der früheren DDR verlorenes Vermögen auf Antrag wiedererhalten könnte, erstattet aus dem Bundeshaushalt.

Was genau Israel und einzelne Juden erhielten, ist nicht festzustellen, weil diese Zahlungen nicht an einer einzigen Stelle registriert wurden und auf die Konten vieler Empfänger verteilt wurden.

Waffen für Israel

Im Jahre 1957 ersuchte Israel die Bundesregierung um Waffenlieferungen. Diese erfolgten, wurden jedoch in der Öffentlichkeit abgestritten. Und 1960 verpflichtete sich die Bundesrepublik, Düsen-Schulflugzeuge zu liefern. Seither wurden israelische Offiziere hier ausgebildet, kostenlos. Dann schickte man amerikanische M48-Panzer. Bundeskanzler ERHARD wollte sieben Schnellboote über Frankreich nach Israel schaffen, welche der damalige französische Staatspräsident DE GAULLE aber dann wegen eines Waffenembargos nicht ausliefern ließ. Israel gelang der Diebstahl dieser Boote. Von der deut-

schen Verwicklung drang nichts in die Öffentlichkeit. Alles geschah für Israel kostenlos.

Während des ersten Golfkriegs gegen den Irak lieferte Deutschland eine riesige Menge Kriegsmaterial aus den Beständen der NVA, dessen Wert 13,300 Mrd. betrug. Und 1991 wurden acht Spürpanzer *Fuchs* geliefert. €. Um die Jahrtausendwende schenkte man zwei U-Boote (775 Mio. €). Im Jahre 2009 war davon die Rede, dass die Bundesregierung zwei moderne Korvetten an Israel schenken will. Die Regierung in Tel Aviv protestierte dann dagegen, dass Berlin U-Boote an Ägypten liefern, das dafür zahlen wollte. Israel erhielt sie geschenkt.

Die gesamten deutschen Waffenlieferungen an Israel kamen auf 200 Mrd. DM bzw. 100 Mrd. € zu stehen.

Private Leistungen

Während die ausländischen Zwangsarbeiter in Deutschland während des Kriegs eine Bezahlung erhielten, die kaum unter derjenigen der deutschen Arbeiter lag und kranken- sowie unfallversichert waren, litten deutsche Zwangsarbeiter in der SU, in Polen, in Tschechien und in Jugoslawien unter den grausigsten Bedingungen, so dass davon 45 Prozent umkamen. Deutsche Firmen wurden mehr oder wenig dazu gezwungen, nochmalige Entschädigungen zu leisten. Von Daimler-Benz gab es 20 Mio. Die Position beläuft sich auf insgesamt 220 Mio. DM bzw. 110 Mio. €. In den folgenden Jahren kam es zu weiteren Zahlungen, weil man in den USA drohte, gerichtlich gegen die Firmen vorzugehen. So erpresste man 2001 vom deutschen Staat und von den Firmen zehn Mrd. DM.

Ein Jahr zuvor war die Stiftung „*Erinnerung, Verantwortung und Zukunft*“ gegründet worden. Diese zahlte insgesamt 5,200 Mrd. € an ehemalige Zwangsarbeiter des NS-Regimes. Das Geld stammte zur einen Hälfte aus Bundesmitteln und zur anderen von Firmen. Bis 2007 folgten weitere Zahlungen an über 1,6 Mio. Menschen in fast 100 Ländern. Und zwar in einer Gesamthöhe von 5,2 Mrd. €.

Davon gingen 200 Mio. für „*Verwaltungskosten*“ auf. GRAF LAMBSDORFF meinte, die unter diesen Titel ausgeworfenen Anwaltshonorare wären nur sehr „*knapp*“ gewesen.

Zieht man die genannten Positionen zusammen, ergibt sich, dass spezifische Leistungen des deutschen Staats und der Wirtschaft für ehemalige Zwangsarbeiter insgesamt 20 Mrd. DM bzw. 10 Mrd. € betragen.

Im deutschen Bundestag existiert so etwas wie eine Wiedergutmachungslobby. Sie arbeitet daran, dass die Zahlungen an die Verfolgten des NS-Regimes laufend erhöht und vermehrt werden, obwohl doch jeder nachrechnen kann und dann befinden muss, dass von diesen Personen nur noch sehr wenige am Leben sein können. Nicht nur jüdische Organisationen sind so am Werk, sondern auch solche der zwangsrekrutierten Belgier, Elsässer und Luxemburger. Sogar ehemalige sozialistische Kämpfer des spanischen Bürgerkriegs, die man im besetzten Frankreich zu Zwangsarbeiten gezwungen hatte, fanden Fürsprecher im deutschen Parlament. Die Zigeuner folgten. Über diese Zahlungen scheint nichts bekannt zu sein. Bekannt ist nur die als Abschlussgeste bezeichnete Überweisung von 400 Mio. DM von 1979 für jüdische Härtefälle an den Weltrat der Juden und von 40 Mio. DM an den Zentralrat der Juden in Deutschland, was zusammen 440 Mio. € ausmachte.

Entschädigungen für Arbeiten in einem Ghetto, für ungarische und Leningrader Juden

Im Jahre 2007 erhielten Juden, die in einem Ghetto gearbeitet hatten, pauschal 100 Mio. €.

Sodann zahlte die Bundesrepublik Deutschland an Juden, welche die Besetzung Budapests 1944-1945 überlebten, jedem eine einmalige Rente von 1 900 €. Und Juden, welche die Belagerung Leningrads überlebten, bekamen 2 556 €. So kamen 27,6 Mio. € zusammen.

Für die Raketen auf Tel Aviv

Erstaunlich, dass die Bundesrepublik wegen 1991 erfolgter, von irakischen Raketeneinschlägen verursachten Schäden, 500 Mio. € überwies.

Für andauernde jüdische Zuwanderung

Das Kontingentsflüchtlingsgesetz von 1980 besagt, dass 600 Personen jährlich, Verfolgte, in Deutschland ohne zeitraubendes Verfahren Asyl erhalten können. Unter Bruch dieses Gesetzes erreichte Bundeskanzler KOHL in einer Besprechung vom 9. Januar 1991 mit einigen Länderchefs, 200 000 Juden aus der ehemaligen SU unter entsprechender Anwendung des genannten Gesetzes aufzunehmen. Später hieß es, dass diese Juden unbegrenzt aufgenommen würden. Das entsprechende Protokoll wurde zunächst geheim gehalten. Das Übereinkommen war rechtswidrig, weil es in diesem Herkunftsland keine Judenverfolgung gab. Die Bestimmungen wurden 2007 geändert. Nun hieß es, dass „*bestimmte Personen*“ aus der ganzen Welt nach Deutschland kommen könnten und zwar „*bei einem besonders gelagerten Interesse*“ der Bundesrepublik. In der Praxis galt das stets nur für Juden. Verfolgungs-

gründe stellten keine Voraussetzung dar. Erst nachfolgend kam die gesetzliche Verankerung. Wer kam, genoss Vollalimentierung. Was dafür aufging, ist unbekannt. Anfangs galt für Kontingentsflüchtlinge ein Satz von 5 000 DM jährlich. Geht man von 200 000 Kontingentsjuden aus und einen gültigen Satz von 5 000 €, kommt man auf 1 Mrd. €. Inzwischen wird dieser Satz nicht hinreichen. Nun dürften ca. 80 Prozent der deutschen Juden hier auf Staatskosten leben.

Im Jahre 2003 schloss die Bundesregierung mit dem Zentralrat der Juden einen Staatsvertrag, nach dem dieser jährlich 2 Mio. erhält; 2008 wurde auf fünf Mio. erhöht. Somit wurden 2003-2007 30 Mio. gezahlt.

Vertrag mit jüdischen Gemeinden

Am 19. Januar 2010 berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom einem Vertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und den jüdischen Religionsgemeinschaften, dass die Landesregierung den letzteren statt bisher 330 € pro Mitglied und Jahr nun 750 € zahle. Der gesamte Aufwand stieg so von drei Mio. € auf 6,8 Mio. €. Was in den anderen Ländern gilt, ist unbekannt.

Zahlungen an Nachbarstaaten Deutschlands

An Polen

Allein mit dem Hinweis auf die 1945 enteigneten Besitztümer und Werte der Deutschen hätte man alle polnischen Forderungen strikt zurückweisen können. Dazu war man wohl vermutlich zu feige. So kam es immer wieder zu finanziellen Leistungen der Bundesrepublik an Polen. Von 1972-1989 gab es für dieses Land Vorzugskredite in Milliardenhöhe. Und nach 1982 trat Polen

immer wieder mit Forderungen zur Entschädigung von KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern heran. Im Jahre 1972 wurden 100 Mio. DM überwiesen. Am 16. Dezember 1989 meldete *Die Welt*, dass jeder Begünstigte davon nur 180 000 Zloty erhielt. Er hätte 4,390 Mio. bekommen müssen. Wo das Geld geblieben war, ist unbekannt. Also Entschädigung für polnische KZ-Opfer: 0,500 Mrd. DM bzw. 0,250 Mrd. €.

Abgeltung von Rentenansprüchen

Nachdem 125 000 Deutsche aus Polen ausgereist waren, zahlte die Bundesregierung 1,300 Mrd. DM zur *Abgeltung von deren Rentenansprüchen* in Polen. Demnach hätten diese Personen die entsprechenden Leistungen fort beziehen oder sich auszahlen lassen können und zwar aus der polnischen Rentenkasse. Das geschah aber nicht. Stattdessen erhielten sie eine Rente aus der deutschen Rentenkasse. Das war so, als wären 1,3 Mrd. DM an Polen gegangen, bzw. nach heutigem Wert 1,3 Mrd. €.

Der Jumbo-Kredit

Im Jahre 1982 erhielt Polen einen Kredit von 1,300 Mrd. DM zu 2,5 Prozent Zins auf 25 Jahre. Davon wurde laut Bundeshaushaltsplan 2007 1 Mrd. € abgeschrieben. Die Buchung ist laut MEISER unstimmg. Es fehlt noch mehr Geld.- Zusätzlich verzichtete man auf 0,75 Mrd. € Zinsen.

Entschädigung für medizinische Menschenversuche

Dafür wurden 1972 100 Mio. DM entrichtet beziehungsweise 0,5 Mrd. DM nach heutiger Kaufkraft bzw. 0,25 Mrd. €.

Verpflichtungen 1985-1988

Zu früheren Umschuldungskosten trug die Bundesrepublik 1,400 Mrd. DM bzw. nach heutiger Kaufkraft 2,800 Mrd. DM oder 1,400 Mrd. € Euro bei.

Stiftung Deutsch-Polnische Aussöhnung

Hier schoss die Bundesregierung 0,500 Mrd. € zu. Im Jahre 2005 meldete die FAZ, dass sich die polnischen Vorstandmitglieder aus den Stiftungsmitteln mit Prämien zu je 20 000 € selbst bedient hatten. Die Stiftungsfunktionäre hatten zuvor die Regeln der Vorstandsbezahlung geändert.

Zu Jahresende 1989 war Polen mit 18 Mrd. DM gegenüber Deutschland verschuldet. Dennoch kritisierte das polnische Außenministerium THEO WAIGL, wie sich dieser bei einem Schlesiertreffen geäußert hatte. Wenn Bonn die Beziehungen zu Polen normalisieren wolle, müsse es aufhören, territoriale Ansprüche zu stellen. Zudem erwarte Polen den Erlass der Rückzahlung des Jumbo-Kredits und Unterstützung bei seinen Schuldenverhandlungen sowie weitere Kredite für Investitionen. LECH WALESZA forderte damals vom Westen gar ganze zehn Mrd. \$ Kredite. Darauf habe man nach der Überwindung des Kommunismus ein Anrecht. Aber die USA hatten nicht vergessen, dass Polen in den Siebziger Jahren international aufgebrauchte 70 Mrd. \$ verschwendet hatte. Nichts war damit geschehen, das Geld weg. Folglich bot Präsident *Bush* den Polen nun gar nichts an.

Im Gegensatz dazu sagte Bundeskanzler KOHL zu, eine Mrd. DM rückständige Tilgungen und 1,400 Mrd. Zinsen und Tilgungen aus früheren Umschuldungsaktionen erneut zu stunden. Ferner wurden 3 Mrd. DM Hermes-Bürgschaften und weitere zweiseitige Abkommen gefordert. Wenn man alles

addiert, was Polen infolge der damaligen Verhandlungen erhielt und noch erhalten sollte, kommt man auf 9 Mrd. €.

Dazu traten noch weitere Zahlungen: Kredite deutscher Banken zu niedrigen Zinsen. Davon wurde so gut wie nichts getilgt oder verzinst. Es kostete der Bundesrepublik 12 Mrd. €.

Wenn man all die oben genannten Positionen zusammenrechnet, erhielt Polen 1965-1992 die Gesamtsumme von 26,700 Mrd. €.

Im September 2004 forderte der *Sejm* von der Bundesrepublik Deutschland 600 Mrd. € (sic!) Entschädigung dafür, dass man noch nichts für die erlittenen Zerstörungen im Krieg bezogen habe, und von der eigenen Regierung, dass diese die Bundesregierung dazu bringe, die deutschen Bürger, die infolge der Umsiedlung Schäden erlitten hatten, selbst zu entschädigen. Dazu muss man sagen, dass die polnische Regierung bereits am 23. August 1953 auf Reparationen aus Deutschland ausdrücklich Verzicht geleistet hat. Hier trat das hochfahrende und maßlose Wesen der Polen deutlich zu Tage, wie man es ihnen international oft nachsagte; vgl. hierzu das Kapitel über die „*polnischen Ehrenhändel*“ in dem Roman von THOMAS MANN „*Der Zauberberg*“. Eine Widerrufung des Vertrags ist nicht möglich. Es handelte sich um ein einseitiges und bindendes Rechtsgeschäft. Zudem hat die polnische Regierung im Warschauer Vertrag den Verzicht von 1953 ausdrücklich auf ganz Deutschland bezogen. Wahrscheinlich wagte man damals solche Forderungen nicht, da man fürchtete, die Gegenrechnung zu erhalten und nach einer solchen hätte Warschau Milliarden an Deutschland leisten müssen.

Zahlungen an die Tschechoslowakei bzw. an Tschechien

Das Vermögen der Deutschen in der Tschechoslowakei war mit der Begründung enteignet worden, damit Verfolgte des Naziregimes zu entschädigen zu können, wie es damals ausdrücklich hieß. Infolgedessen wäre es sehr leicht gefallen, alle tschechischen Ansprüche abzuwehren. Die tschechische Regierung hat jedoch niemals die angekündigte Entschädigung geleistet. Bis heute weigert sich die tschechische Regierung kategorisch, die 1945/1946 im Lande geschehenen Völkermord-Verbrechen überhaupt zuzugeben. Dabei erfährt sie Rückendeckung seitens der EU, obwohl Deutschland deren Hauptfinanzier ist. Wieder ergibt sich der Eindruck, dass deutsche Politiker sich nicht heranwagen, weil sie sich nicht anstrengen wollen. Schwierigen Geschäften weichen sie gerne aus.

Im Jahre 1995 meldete die tschechische Nachrichtenagentur CTK, die deutsche Bundesregierung habe 1960 solche Tschechen gut entschädigt, die von Kriegshandlungen bleibende Schäden erlitten hatten. Bis 1994 seien jährlich zehn und ab 1995 zwölf Millionen DM überwiesen worden. Erstaunlich, dass die Summen nirgends ausgewiesen sind. Rechnet man hoch, ergibt sich die Summe von 1,500 Mrd. DM bzw. 0,750 Mrd. €.

Des Weiteren sind zu nennen die deutschen Leistungen an den Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds (ebenfalls für NS-Opfer, 1997 abgeschlossen) in der Höhe von 280 Mio. DM bzw. 140 Mio. €. So ergibt sich eine Summe von 0,890 Mrd. € an Tschechien erfolgter Zahlungen.

An Russland und an GUS-Staaten geschehene Zahlungen

Was die Sowjetunion mit ihrer jahrzehntelangen Ausbeutung der SBZ, der Annexion des nördlichen Ostpreußens und der Sklavenarbeit für sich gewon-

nen hat, reicht in die Billionen. Die später nochmals an sie gegangenen Gelder wurden nicht als Wiedergutmachung bezeichnet, sondern als „*Geste guter Nachbarschaft*“ oder einfach als „*Wirtschaftshilfe*“. Es gab noch andere Namen voller Phantasie. So schenkte die Bundesregierung der SU, den GUS-Staaten und den anderen Reformstaaten in der Zeit von GORBATSCHOWS 220 Mio. DM zum Kauf von Lebensmitteln.

Insgesamt bezogen die GUS-Staaten 159,5 Mrd. € und die neuen Reformstaaten 50,400 Mrd. DM.

Sodann kam der Truppenabzug. Dafür gab es 17 Mrd. DM. Die Rote Armee hinterließ zahlreiche heruntergekommene Gebäude, Müllkippen und verseuchte Flächen. Die Kosten der Instandsetzung gingen in die Milliarden. Sie lassen sich nicht präzise ermitteln. Es handelte sich mindestens um 20 Mrd.

Zieht man diese Summen zusammen, kommt man auf 393 Mrd. DM bzw. 196,500 Mrd. €.

Im Jahre 1997 betrugen die deutschen Exporte in die GUS-Staaten 92 Mrd. € und davon 75 Mrd. DM wurden von Berlin kreditiert, weil die deutschen Politiker glaubten, dass sonst dort eine Staatskrise drohte. Dazu kamen noch Forderungen deutscher Banken in der Höhe von 52,100 Mrd. DM und 4,700 Mrd. Ausstände deutscher Firmen. Da Russland ausreichend über Reserven verfügte, bereitete der Schuldendienst keine Schwierigkeiten, doch mussten wiederholt Umschuldungen erfolgen, deren Kosten freilich zu Lasten der deutschen Steuerzahler gingen (nach POPP). Dann begann viel Erdöl zu fließen. Im Jahre 1997 beliefen sich die Gesamtschulden Russlands auf 65,900

Mrd. DM. Russland tilgte einige Milliarden, worauf Kanzler SCHRÖDER den Russen fünf Mrd. DM strich.¹³

Zahlungen an Rumänien

HELMUT SCHMIDT hatte mit der rumänischen Regierung vereinbart, dass Rumäniendeutsche gegen ein Kopfgeld von 5 000 DM ausreisen durften. Dieses wurde kurz danach auf 80 000 bis 100 000 DM gesteigert, je nach Ausbildungsgrad des Wegziehenden. Das kostete *in summa* nach heutigem Wert 12,500 Mrd. DM bzw. 6,250 Mrd. Euro.

Zahlungen an Griechenland

¹³ Im Mai 2015 beschloss der Deutsche Bundestag, die noch lebenden früheren sowjetischen Kriegsgefangenen, die erst nach dem Ende der UDSSR in ihren Heimatländern vollständig rehabilitiert wurden, finanziell zu entschädigen. Man geht von ca. 4000 früheren Soldaten aus. In dem entsprechenden Beschluss heißt es: *„Ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen soll ohne Anerkennung eines Rechtsgrundes ein symbolischer finanzieller Anerkennungsbetrag gewährt werden“*. Mehr war im Jahre 2015 darüber nicht in Erfahrung zu bringen. Man gönnt es ihnen. Aber was erhielten die in Russlandkriegsgefangenen Deutschen? [Zeithttp://www.zeit.de/2015/04/ns-opferentschaedigung-](http://www.zeit.de/2015/04/ns-opferentschaedigung-bilanz-70-jahre-nach-befreiung-auschwitz)

[bilanz-70-jahre-nach-befreiung-auschwitz](http://www.zeit.de/2015/04/ns-opferentschaedigung-bilanz-70-jahre-nach-befreiung-auschwitz) (Letzter Zugriff 19.11.2015) stellte am 20. Mai die Frage: Bundespräsident GAUCK hatte einer Rede an die sowjetischen Kriegsgefangenen erinnert. Ihr Tod sei *„eines der größten deutschen Verbrechen des Zweiten Weltkriegs“* gewesen, Richtig, doch falsch ist, ihr Schicksal sei *„nie angemessen ins Bewusstsein gekommen – es liegt bis heute in einem Erinnerungsschatten“*. Jeder, der sich auch nur oberflächlich mit der Geschichte dieses Kriegs befasst hat, wusste davon.

Nach 1949 erhielt Griechenland Entschädigungszahlungen von insgesamt 150 Mrd. DM bzw. 75 Mrd. €. Dennoch wurden wegen der finanziell ganz verfahrenen Situation den vergangenen Jahren weiter Geld gefordert.

Weitere Zahlungen

Mit den USA schloss Deutschland ein Entschädigungsabkommen in der Höhe von 3 Mio. Mehr ist darüber nicht in Erfahrung zu bringen.

Frankreich erhielt 1987 zur Entschädigung Zwangsrekrutierter 250 Mio. DM.-

Litauen bekam 1996 zugunsten von NS-Opfern 2 Mio. DM.

Ebenso 1995 Estland und 1998 Lettland.

An die GUS flossen noch 500 Mio. für die Stiftung „*Verständigung und Versöhnung*“.

Sa. des obigen Titels der weiteren Zahlungen: 0,780 Mrd. €.

Zahlungen an die DDR bis 1990

Bis 1990 leisteten die Bundesbürger nach POPP insgesamt fast 2 Bill. Zahlungen an die DDR und stützten so das Regime.

Seit 1979 flossen laut Bundesetat jährlich 12 Mrd. DM an die Regierung der DDR: 570 Mrd. €.

Weitere Leistungen an die DDR: Transitgebühren, für Investitionen in den Straßen und Schienenverkehr, für Erhalt und Ausbau der Wasserstraßen nach Berlin, für die Öffnung des Teltow-Kanals und den Schutz der Gewässer um Berlin, gesamte Summe: 27,300 Mrd. €.

Und dazu ein Verzicht der Bundesregierung zugunsten der DDR für die Befreiung des innerdeutschen Handels von Zöllen, für die steuerliche Begünstigung von Einkünften aus der DDR, aus Zinsverzicht beim Überziehungskredit (Swing) u. a.: 2,800 Mrd. DM, nach heutigem Wert 13,800 Mrd. DM bzw. 6,900 Mrd. €.

Die Gesamtleistung der Bundesrepublik nur aus dem Bundesetat an die DDR betrug bis 1990 fünf Mrd. DM, nach heutigem Geldwert 10 Mrd. DM bzw. 5 Mrd. €.

Es gab 1990 noch Altschulden der DDR von ursprünglich 171,790 Mrd. €. Diese Summe wurde mit 7,5 Prozent verzinst. Im Jahre 1999 wurde sie in die Bundesschuld übertragen. Sie schlug 2008 mit 85 Mrd. € zu Buch. Sie verschwand unauffindbar im See der 2,200 Bill. €. Staatsschulden. Für die Tilgung existiert ein besonderer Fonds, in welchem 1994-2009 206,100 Mio. DM, nach heutigem Wert 412,300 Mio. DM bzw. 206 Mio. € eingezahlt wurden.

Warum der Posten der Altschulden überhaupt entstand, ist unklar. Er ging zu Lasten der DDR-Wirtschaft und der gesamten deutschen Steuerzahler. Der ungeheuerliche Vorgang ist bis heute kaum bemerkt worden. Vom Gesamtwert der DDR-Wirtschaft in der Höhe von zunächst geschätzten 600 Mrd. DM sind nur 400 Mrd. € Schulden übrig geblieben. Eine Billion DM verschwand und niemand weiß wohin.

Auch hier gilt: Vermutlich gab es jemand, der Ostdeutschland ausplündern wollte, damit Deutschland nach der Wiedervereinigung nicht unmäßig stark würde. ALFRED HERRHAUSEN wollte die ostdeutschen Betriebe mit Hilfe der westdeutschen Industrie erneuern und glaubte, dass der Neuaufbau so ein

Selbstläufer werden könnte. Er wurde ermordet. Dann plante DETLEV-CARSTEN ROHWEDDER die Betriebe erst aufzurüsten, bis sie gewinnbringend arbeiteten. Dann sollten die Eigentumsverhältnisse geklärt bzw. Privatisierungen vorgenommen werden. Er wurde ermordet.

Nun hatte KOHL verstanden. Jetzt wurde BIRGIT BREUEL mit der Leitung der Treuhand beauftragt, Mitarbeiterin des seit 1933 berüchtigten Bankhauses SCHROEDER, MÜNCHMAYER, HENGST, das gegen hohe Vergütung die Beratung übernahm. Dahinter stand MARGARET THATCHER. Breul ließ die Betriebe weiterarbeiten, später sollten sie privatisiert werden, so dass deren Schulden inzwischen ins Uferlose wuchsen und Private das Interesse verloren. Im Jahre 1991 wurden nur fünf Mrd. € ausgegeben, für technische Sanierungen, hauptsächlich im Umweltbereich, 72,500 Mrd. € dagegen für Zuwendungen bei der Privatisierung bzw. für Prämien bei Stilllegungen. Die Erwerbungen waren spottbillig. Viele Käufer spekulierten nur auf die Märkte. Sie wollten diese vom Westen aus bedienen. Ihnen wurden hohe Zuwendungen nachgeworfen. Bis zu ihrer Auflösung 1995 konnte die Treuhand 80 Mrd. DM Gewinn ausweisen

Demgegenüber standen nun 344 Mrd. DM Verluste. Das Eigenkapital der DDR-Banken wurde bei der Währungsunion 1:1 umgestellt. Das stellte ein gewaltiges und überdimensioniertes Geschenk für Westbanken dar, zumal diese die Forderungen der ersteren übernahmen und zwar 1:2. Sie vergrößerten sich rasch infolge der westüblichen Zinssätze. Nachträglich muss man vor allem kritisieren, dass der deutsche Steuerzahler insofern getäuscht worden ist, indem man von einem verfälschten Begriff der angeblich ausstehenden Ostschulden getäuscht worden ist. Denn er erfuhr nicht, dass es sich

dabei gar nicht um aufgenommene Kredite handelte, sondern um Zuweisungen der staatlichen Planung für Investitionen. Diese hießen in der Sprache der DDR-Bürokratie „Kredite“. Korrekt und sachgerecht wäre es allein gewesen, diese ganz einfach zu streichen. Dann hätten viel mehr Betriebe überleben, westdeutsche Banken mit der Wiedervereinigung keinen Sahneschnitt machen können. Es ist heute ganz unverständlich, wie damals so operiert werden konnte.

Für die von der Treuhand hinterlassenen Verluste haftete der deutsche Steuerzahler. Es war verheerend: Bis heute ist unbekannt, wie es kam, dass die französische Firma *Elf* die *Buna-Werke* übernahm und dafür noch 11 Mrd. DM erhielt. Die *Berliner Bank AG* kaufte die *Staatsbank* der DDR für 49 Mio. DM und erwarb Altschuldforderungen von 11,500 Mrd. DM. Die *DG Bank* erwarb für 106 Mio. DM die *Bank für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft*, die für 15 Mrd. DM Forderungen besaß. Insgesamt schenkte man den Banken 192,600 Mrd. DM Forderungen. Diese Beispiele zeigen deutlich, wie dabei Ost-Volkvermögen verbraten wurde, während man sich im Westen damit eine goldene Nase verdiente.

Dabei wurde nicht mit berücksichtigt, es sei nochmals erklärt, dass es sich bei diesen Forderungen gemäß DDR-Planwirtschafts-Verrechnungsmodus zu einem guten Teil eigentlich um Gewinne der Betriebe handelte, welche dort hin hätten zurückfließen sollen, jedoch nun von ihnen zu elf Prozent verzinst werden mussten. An solcher Praxis mussten selbst die produktivsten Unternehmen zugrunde gehen. Die Treuhand zahlte den Investoren Millionen, wenn sie einen so von außen bereits zerstörten Betrieb übernahmen. Und sie übernahm die Altschulden. Die Auffassung ist berechtigt, dass diese fragwür-

digen Kredite lediglich deshalb nicht gestrichen wurden, um dem internationalen Bankwesen Dutzende von Bankfilialen und gewaltige Geldgeschenke zukommen zu lassen. Es hat auch den Anschein, dass man viele ausländische Unternehmen lediglich deshalb einschalten wollte, damit der deutsche Machtzuwachs nicht zu groß wirkte. Die beiden erwähnten Morde zeigen deutlich, dass hinter den Vorgängen in der Treuhand eine sehr starke politische und wirtschaftliche Macht stand.

Zahlung für die Nichtteilnahme am Golfkrieg gegen den Irak

Im Jahre 1991 nahm die Bundesrepublik nicht am zweiten Golfkrieg teil. Dafür entrichtete sie Auslöse an die USA in der Höhe von 17,1 Mrd. DM.

Wegen des serbisch-bosnisch-kroatische Kriege 1991-1994

An diesem Krieg musste sich die Bundesrepublik finanziell beteiligen. Sie leistete eine allgemeine finanzielle Hilfe von 18 Mrd. DM, nahm 320 000 Flüchtlinge auf, was 15 Mrd. DM erforderte. Der Bundeswehreinsatz in Bosnien kostete 1.050 Mrd. DM eine humanitäre Hilfe 1 Mrd. DM. Für die Geberkonferenz wurden 0,470 Mrd. entrichtet und wegen des Soforthilfeprogramms für Bosnien 71,250. Was die Rückführung der Flüchtlinge erforderte, ist unbekannt. Die USA bezahlten den Krieg, Europa den Wiederaufbau.

Summe aller unter II. ausgewiesenen **Posten für Wiedergutmachung und unterschiedliche Wirtschaftshilfen: 6 281,479 Mrd. €**. Wenn man nun noch die von den Alliierten eingezogenen Werte wie **Reparationen, Demontagen und Zwangsarbeiten hinzuzählt, kommt man auf 18,337 Bill. €**.

Wer sich mit der Materie befasst hat, weiß, dass die aufgeführten Werte an der Untergrenze liegen. Vieles muss unberücksichtigt bleiben, weil dazu keine Unterlagen existieren oder Kosten nicht bezifferbar sind.

Überhaupt nicht berücksichtigt wurde der infolge dieser Kosten entstandene Zinsverlust.

IV. Jährliche deutsche Transferleistungen

Zahlmeister vor allem für Europa

Im Bundeshaushalt 2005 findet sich ein Posten „*Geheime Ausgaben*“ in der Höhe von 1,111 Mio. € und nur der Bundesrechnungshof weiß, wofür dieses Geld ausgegeben wurde.

Für die Entsorgung von 190 außer Dienst gestellte sowjetische Atom-U-Boote, von Nuklearmaterial und Chemiewaffen trug die Bundesrepublik ca. 0,110 Mrd. € bei. Die Europäer finanzierten u. a. den Bau eines nuklearen Zwischenlagers an der *Barentssee*.

Deutschland bezahlt etwa zehn Prozent des UNO-Haushalts, stellt jedoch nur 5,5 Prozent des dortigen Personals. Im Bundeshaushalt von 2005 findet man 10 000 Einzelposten, welche die Rolle des Landes als Welt-Zahlmeister belegen. Für Bundeswehreinätze hatte man 2 Mrd. € zu berappen. Waffen und Ausrüstung werden verschenkt. So erhielt Polen die Mig-Flugzeuge der DDR-Luftstreitkräfte umsonst. Was alles ins Ausland fließt, lässt sich nicht oder nur sehr schwer ermitteln, da für diese Ausgaben im Etat kein Sammelposten existiert.

Die deutschen Staatsschulden belaufen sich inzwischen auf 2,2 Bill. €, wozu noch 5,5 Bill. Pensions- und Rentenverpflichtungen hinzukommen. Im Jahre 2006 besaß das Ausland bereits für 716 Mrd. € deutsche Bonds. Und man

muss man sich freilich fragen, ob die Bundesregierung inzwischen nicht über die Gläubigerschulden politisch erpressbar ist.

Abermilliarden wurden an die Welt verteilt. Aber um das Volk mit Sozialausgaben ruhig halten zu können, verschuldete man sich stattdessen Jahr für Jahr neu. In 2008 betrug der Bundeshaushalt 283,200 Mrd. €. Die Zinsen beliefen sich auf 43 Mrd. €. Ob man nicht mit einem Supercrash rechnen muss, in dem sich die Regierung von den Schulden befreit?

Die deutsche Zahlungsbereitschaft ist grenzenlos. Dafür zwei Beispiele: So zahlte die Bundesregierung 1996 2,400 Mrd. DM an internationale Organisationen wie etwa an die UNIDO (Organisation der UNO für industrielle Entwicklung), die 0,600 Mrd. € erhielt.

Und man kann nur den Kopf darüber schütteln, dass China 2007 aus Berlin 67,500 Mio. erhielt, obwohl es riesige Devisenvorräte besitzt.

Entwicklungshilfe für die Katz

An Entwicklungshilfe leistete die Bundesrepublik 1950-1986 insgesamt 1,375 Bill. €. Leute vom Fach meinen, dass alle Entwicklungshilfe mehr schadet als nützt. Clans werden so gestärkt, welche das Volk unterdrücken. Die Hilfen zerstören entstehende Strukturen eines selbständigen Wirtschaftens. Nach SEITZ erfolgt nur ganz ungenügende Koordination. Die Korruption ist gigantisch. Manche Staaten geben bis zu 30 Prozent ihrer Einnahmen für ihre bewaffnete Macht aus Armeen aus. Für die Infrastruktur und für das Bildungswesen fehlt das Geld und ebenso für die Förderung einer autarken Landwirtschaft. Entwicklungshilfe strömt unkontrolliert in afrikanische Länder

und wird vor allem für große Militärhaushalte und nur unzureichend für Sozialausgaben ausgegeben.

In den Jahren 2005-2008 stieg die deutsche Entwicklungshilfe von 4,130 Mrd. auf 5,798 Mrd. an. Die OECD bezifferte die deutschen Zahlungen 2008 auf etwa 9 Mrd. €. Damit stellt die deutsche Entwicklungshilfe die zweitgrößte der Welt dar. In dieser Zeit sanken die britische und die japanische um 30 und die französische um 16 Prozent. Es war u. a. dieser Anstieg, der dazu führte, dass die deutsche Zinslast auf 42 Mrd. € stieg. Im Grunde handelt es sich beim größten Teil der wohl zur Gänze oder zum Teil nutzlosen Entwicklungshilfe um ein Relikt des Kalten Krieges, bei der es eigentlich um politische und strategische Interessen ging. Der Bundesrechnungshof beanstandete oft, dass das meiste Geld nicht in konkrete Projekte fließt, sondern in einzelne Länderhaushalte.

Im Jahre 2009 beliefen sich die deutschen Überweisungen auf mindestens 5,772 Mrd. €. Dazu kamen noch 5 Mrd. € einer so genannten Wiederaufbauhilfe für den Irak.

Der „Europäische Entwicklungsfonds“ EEF

Hier handelt es sich um Zahlungen, die nicht etwa aus den EU-Haushaltsmitteln herrühren. Die Mitgliedsstaaten bringen diese Gelder vielmehr aus ihren Haushaltsmitteln zusätzlich auf. Die Verwaltung liegt bei der Europäischen Kommission. Wies der Etat der Bundesregierung 2005 dafür 617 Mio. aus, handelte es sich 2009 um 833 Mio. €. Das bedeutete eine Steigerung von 35 Prozent. Der Bundeshaushalt stieg keineswegs entsprechend. Die Bundesregierung hat keinen Einfluss auf die Verwendung der Summen. Die Empfänger wissen nicht, dass das Geld dafür aus Deutschland kommt.

Die damit finanzierten Ausgaben werden von niemand kontrolliert, auch nicht von einem Ausschuss des Europäischen Parlaments. Es gibt keine parlamentarische Kontrolle. Die Bundestagsmehrheit darf nur abnicken. Wer wider den Stachel löckt und den Sinn dieser Ausgaben bezweifelt, gilt als Zänker und Stänker. Für 2009 ist dieser Posten auf rund 0,833 Mio. € gestiegen, seit 2008 um 20,5 Prozent. Ein Viertel dieser EEF-Mittel fließt nicht in feste Projekte, sondern in den Haushalt der Staaten oder in Privatschatullen von Diktatoren. Deutsche Politiker gefallen sich halt im Geldausgeben.

Im Grunde kommt Deutschland hier für die überkommenen Strukturen ehemaliger Kolonien europäischer Staaten auf. Es handelt sich um insgesamt 78 Empfänger. Die einstigen Kolonialmächte werden entlastet, indem 20,5 Prozent des Entwicklungshilfe-Geldes allein aus Deutschland stammen, das seit 1919 keine Kolonien besitzt. Der Europäische Rechnungshof hat nicht den geringsten Einblick. Was diese Ausgaben betrifft, erlitt die Bundesrepublik einen schleichenden Verlust von Souveränität. Eine breite und fundierte rechtliche Grundlage existiert überhaupt nicht.

Deutsche Entwicklungshilfe über die Weltbank

Auf Betreiben der einstigen Entwicklungsministerin WIECZOREK-ZEUL gab die Bundesregierung im Jahre 2009 zusätzliches Geld im Rahmen eines Konjunkturpaketes der Weltbank für bestimmte Projekte. Insbesondere US-amerikanische Kritiker sagen, dass bei der Vergabe von IWF/Weltbankkrediten 1946-2004 an die 174 Mrd. \$ infolge Korruption verschwunden seien. Deutschland leistete dazu 2005 die Summe von 375,6 Mio. € und 2009 bereits 833 Mio. €. Das ist eine Steigerung von 212,8 Prozent in nur vier Jahren, die mittels steigender Neuverschuldung finanziert wurden, wie festzu-

stellen man nicht umhin kann. In demselben Jahre verharrten die deutschen Renten aber auf Nullwachstum.

Schuldenerlasse zu Lasten des Bundeshaushaltes

Das Berliner Finanzministerium hatte 2009 Forderungen an das Ausland in der Höhe von 47,578 Mrd. €. Allein Russland stand mit 20 Mrd. \$ in der Kreide. In den meisten Fällen entstanden diese Schulden, indem Staaten zwar Waren aus Deutschland bezogen, die sie dann nicht bezahlten. So machten es 27 Länder der Erde. Die Verbindlichkeiten wurden teils erlassen, teils fanden Umschuldungen statt. Im Jahre 2006 zum Beispiel verzichtete man gegenüber der korrupten Regierung von Kamerun auf 0,6 Mrd. € und 2007 auf 0,8 Mrd. €.

Insgesamt beliefen sich die Schuldenerlasse Deutschlands auf 7,500 Mrd. €. Im Jahre 2009 finanzierte die Bundesregierung in Honduras mittels eines Schuldenerlasses ein Projekt, das dortige Polizisten für die *Gender-Thematik* (!) sensibilisieren sollte. War das wirklich nötig?

Übrigens wurden auch Schuldenerlasse finanziert, die sich auf Verpflichtungen bezogen, welche Länder der Dritten Welt etwa beim IWF haben. Meist werden sie so wieder kreditfähig und verschulden sich neu.

Deutsche Nettozahlungen an die EU

Lange Zeit wurde gar nicht mitgeteilt, was jeder europäische Staat in die EU netto einbezahlt und was er zurückerhielt. Diese Summen stellten eines am besten gehüteten Staatsgeheimnisse Europas dar. Im Jahre 1999 stellte sich heraus, dass die Bundesrepublik bis 1995 insgesamt 10 Mrd. € mehr nach Brüssel überwies als es von dort je bezogen hatte. Im gleichen Zeit-

raum hatte Frankreich höchstens 500 Mio. € gezahlt. Die Bundesregierung und diejenigen, die ihr nachbeten, versuchte daraufhin, den Bürgern weiszumachen, dass das meiste Geld in der Form von Aufträgen wieder nach Deutschland zurückflösse. Deutschland profitiere am meisten vom Binnenmarkt. Und die lange seit 1945 bestehende Friedenszeit sei der EU zu verdanken, weshalb das deutsche Geld dort gut angelegt sei. In Wirklichkeit kamen nur drei bis fünf Prozent des Geldes wieder herein. Und am Binnenmarkt profitieren die anderen genauso. Auch ohne Brüssel hätte es Kriege nur am Balkan gegeben. Die von der eigenen Regierung im Volke verbreiteten Argumente sind einfach lächerlich. Immerhin glaubte man in Deutschland, dass man mit der Finanzplanung 2000-2006 wesentliche Entlastungen erhalten werde. In Wirklichkeit erfolgte dann nur eine unbedeutende Minderung. Deutschland blieb weitaus der größte Nettozahler der EU.

Am meisten Unterstützung pro Kopf der Bevölkerung regnete es für die Einwohner von Portugal, Irland und Griechenland. Ein Ire erhielt etwa das Fünfzehnfache eines Tschechen. Und von 1995 bis 2003 leistete der deutsche Staat mit 76,7 Mrd. € insgesamt 53,6 Prozent EU-Haushalts. Dieser kam damals auf 143,2 Mrd. €. Als nächste Staaten folgten England mit 16 Prozent, die Niederlande mit 16 Prozent, Frankreich mit 11,1 Prozent, Italien mit 9 Prozent. Deutschland zahlt unverhältnismäßig hoch. Wer etwas dagegen sagt, ist rasch abserviert. Man deklariert ihn wieder zum Zänker und Stänker. Er wage es, der (heiligen Kuh) EU am Zeug zu flicken, während sich die Geldausgeber als Gutmenschen feiern lassen wollen. Zumeist wissen die deutschen Steuerzahler darum, dass sie unproportional viel für die Staatengemeinschaft leisten müssen. Doch sie erreichen gar nichts.

Als es im Jahre 2006 um den EU-Haushalt 2007-2013 ging, hatte ANGELA MERKEL angekündigt, der deutsche Beitrag dafür sollte zukünftig um 1 Mrd. € gemindert werden. Dann weigerten sich die Altmitglieder, zugunsten der neuen Mitglieder mehr berappen zu müssen. Daraufhin kam ein „*Kompromiss*“ zustande, der für die Deutschen eine Erhöhung um zwei Mrd. € bedeutete. Das deutsche EU-Budget für die folgenden sieben Jahre stieg auf 862 Mrd. €. Zum Ausgleich für die nötigen Beitragserhöhungen erhielten alle Mitgliedsstaaten gewisse Sonderzahlungen aus dem Strukturfonds, Deutschland jedoch nur 225 Mio. € für die neuen Bundesländer und 75 Mio. € für die ostbayerischen Grenzregionen. Und die neuen Bundesländer erhielten im Vergleich zum vorherigen EU-Haushalt vier Mrd. € weniger aus dem besagten Fonds.

Wegen der EU-Erweiterungen stiegen die Netto-Zahlungen Großbritanniens und Frankreichs zwar an, doch gab es weiterhin den Briten-Rabatt von 5,6 Mrd. €, den MARGARET THATCHER einst erwirkt hatte. Frankreich erhielt von seinen für der EU eingezahlten 13 Mrd. allein für seine Landwirtschaft neun Mrd. zurück, vor allem für seine Landwirtschaft. Als es dann um die Beitrittsmodalitäten- Verhandlungen ging, erhielt Polen den Löwenanteil von 23,400 Mrd. € „*Vor-Beitrittshilfen*“, zwei Mrd. € davon bestritt Deutschland, obwohl es sich mit der Besetzung der einst hoch entwickelten deutschen Ostgebiete einen außerordentlich hohen Anteil am deutschen Volksvermögen widerrechtlich angeeignet hat. Polen ist inzwischen das von der EU am meisten geförderte Land. Es Land erhielt für 2004-2008 viel Geld und dazu weitere Zusagen für 2009-2013, die an die 67 Mrd. € ausmachen, zusammen eine Summe von gar 78,2 Mrd. €. Gefördert wurde beispielsweise der Bau eines

Wasserwanderweges (!) an der Ostsee mit 0,700 Mrd. € sowie ein *Segeltreffen* in *Stettin* (!) mit 3 Mio. €. Von den genannten Hilfen an Polen stammten aus Deutschland rund zwei Mrd. €.

Und Tschechien erhielt 2007-2013 von der EU 26,7 Mrd. €. Obwohl dieser Staat weiterhin an den verbrecherischen Benesch-Dekreten festhält, leistete der deutsche Steuerzahler etwa drei Mrd. € dorthin.

Während die niederländische Regierungen ihren EU-Netto-Beitrag verringern konnten, stieg der deutsche bis 2007 auf 10,500 Mrd. €, also um 25 Prozent. Folglich wird wegen dieser hohen Summen eine EU-Mitgliedschaft nur noch von solchen Regierungen angestrebt, die sich milliardensubventionen erhoffen, also bestimmt nicht etwa von der Schweiz oder von Norwegen. Man würde zuviel zahlen müssen, heißt es dort. Nach KNOPP würde sich das finanzielle Deutschland innerhalb der EU nach einem Beitritt der Türkei ganz erheblich verschlechtern.

Angesichts dieser Leistungen verwundert es freilich nicht, dass es innerhalb Deutschland heißt, man müsse mehr Mittel einsparen. Es können nicht genügend Beamten eingestellt werden, besonders nicht Polizisten. Zuzahlungen zu Medikamenten, Praxisgebühr, Kürzungen beim Weihnachtsgeld, Abschaffung von Eigenheimförderung und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer kamen und verursachten eine spürbare Teuerung, trotz niedriger Inflationsraten. Der Nettoverdienst der Deutschen sinkt seit mehr als zehn Jahren. Trotzdem predigt die Bundesregierung den Deutschen, insbesondere Angela Merkel in ihren Neujahrsansprachen, dass es ihnen so gut gehe wie nie und diese glauben es. Man verschließt die Augen davor, dass die Bundesrepublik inzwischen doch mit ihren 2,2 Billionen € Schulden selbst zum Sanierungsfall

geworden ist. Die deutsche Schuldenlast stellt die höchste in Europa dar, aber der deutsche Bürger glaubt er sei der reichste. Der italienische Bürger besitzt aber mehr, vor allen Dingen mehr Hauseigentum. Und der italienische Staat verfügt über viele recht einträgliche Staatsunternehmen und über außerordentlich viel Gold. In Deutschland befindet man sich aber anscheinend im Unklaren darüber, ob man je an sein im Ausland aufbewahrtes Gold gelangen wird.¹⁴

¹⁴ Deutschland besitzt 1 536 to Gold im Wert von ca. 110 Mrd. €. Über die Aufbewahrung dieses Goldes in den USA vernimmt man merkwürdig Unterschiedliches. PETER GAUWEILER erfuhr nach einer Anfrage, es sei nur weniger als zehn Prozent von diesem Gold verlieren. In 2012 wurde den Bundestagsabgeordneten MIBFELDER und WANDERWITZ eine Prüfung vor Ort untersagt. Noch in diesem Jahr monierte der Bundesrechnungshof, dass die Bestände seit 30 Jahren nicht nachgeprüft wurden. Die Bundesbank habe lediglich die Inventarlisten der Bank einsehen dürfen. Und 2015 meinte der Goldexperte JAMES TÜRK, dass sich dieses Gold wohl nicht mehr in der New Yorker Fed befinde, wenn man sage, der Rücktransport werde sieben Jahre andauern und nicht sieben Wochen. Wahrscheinlich besitzt die Bundesbank wegen des übergebenen Goldes überhaupt nur Quittungen aus Papier. Bekannt ist ferner, dass deutsche Barren umgeschmolzen wurden und nun das Prägedatum 2013 aufweisen. Wenn das Gold dazu diene, sich gegen eine Finanzkrise abzusichern ist, was geschähe dann im Falle einer Dollar-Eurokrise. Gerade in einer solchen Krise brauche man das Gold zu Hause. Wer hier Skepsis äußert, dem wird sofort unfeines Misstrauen gegen die USA unterstellt. Nun will man bis 2020 die Hälfte des Goldes von New York nach Frankfurt bringen. Gauweiler forderte 2015 ferner, dass der Rest des Goldes fortan vorschriftgemäß regelmäßig kontrolliert werden müsste. Oft liest man auch, deutsches Gold sei an die Fed verliehen worden. Es gibt Bankgeschäfte mit dem Gold. Was geschieht, wenn es vom Schuldner für Fehlinvestitionen verwendet wurde? Und wo bleiben die Zinsen für die Bundesbank? Manche glauben, das Gold bleibe solange an die USA verpfändet, wie US-Truppen in Deutschland stationiert sind. Und der Finanzexperte MAX OTTE meinte hierzu, die Bundesbank stehe unter starkem

Im Jahre 2008 verfügte Deutschland gegenüber dem Vorjahr um mehr als 50 Mrd. € Mehreinnahmen und musste sich dennoch um 20 Mrd. € neu verschulden, 2010 sogar um 80 Mrd. Man gerät stets weiter in die Schuldenfalle, vor allem deshalb, weil die Bundesregierung in der EU die Rolle des reichen Onkels spielt. Der Schuldenanstieg erfolgt auch wegen der hohen Belastung infolge Migrationskosten und Entwicklungshilfe, das ist völlig eindeutig. In Deutschland lügt sich die Regierung in die eigene Tasche - man kann es nicht anders nennen. Man will nicht erkennen, dass üppige Geschenke in der Beziehung zwischen Staaten keineswegs freundschaftliche Beziehungen schaffen. Hinterrücks wird man belächelt, ja verachtet. Staaten pflegen Interessen, nicht Freundschaften.

Natürlich bedeutete der hohe EU-Nettobeitrag Deutschlands in der Höhe von 8,774 Mrd. € im EU-Haushaltsjahr 2008/2009) von Neuem, dass deutsches Volksvermögen ohne Gegenleistung verschenkt wird. Nettoempfänger waren 2008/2009 Bulgarien (0,670 Mrd. €), Griechenland (6,280 Mrd. €), Irland (0,566 Mrd. €) sowie Lettland (0,407 Mrd. €), Litauen (0,843 Mrd. €), Malta (0,030 Mrd. €), Polen (4,442 Mrd. €), Portugal ((2,695 Mrd. €), Rumänien ((1,581 Mrd. €), Spanien (2,813 Mrd. €), Tschechien (1,178 €) und Un-

Druck aus Washiungton: *„Deutschland ist eine der stärksten Stützpfeiler des Dollars. Man werde der Bundesrepublik nicht erlauben, eine souveräne Wirtschaftspolitik zu betreiben.“* Die Unterwürfigkeit der Bundesregierung gegenüber den USA sei schändlich. Aber hier gehe es doch *„um nationale oder zumindest europäische Souveränität und Handlungsspielräume, um Dominanz und Abhängigkeit.“* In: Compact Spezial Nr. 6, S. 65-66; <http://www.wallstreet-online.de/nachricht/7196288-scheint-offizirll-bundesbank-gold-zurueckholen>

garn (1,112 €). Deutschland (8,774 Mrd. €), Italien (4,101 Mrd. €), Großbritannien (0,880 Mrd. €) und der Rest der EU-Länder waren Nettoeinzahler.

Deutschland entrichtete 1995-2009 insgesamt 123,848 Mrd. € an die EU, allein im Haushaltsjahr 2008/2009 also 8,774 Mrd. €. Es kam in diesem Jahr für mehr als die Hälfte der EU-Ausgaben auf.

Undurchschaubare Transferzahlungen und Korruption

Nach HANKEL haben alle deutschen Regierungen von KOHL bis MERKEL „*in geradezu staatsverräterischem Eifer Deutschlands vitale Interessen auf Europa übertragen, das deutsche Regierungsinstrumentarium systematisch demoliert und handlungsunfähig gemacht*“.

Wer die deutsche Europa-Politik der letzten zwei Jahrzehnte aufmerksam verfolgt hat, wird diesem Befund uneingeschränkt zustimmen müssen. Der deutsche Bürger begreift nicht leicht, dass die europäischen notorischen Defizitländer nur mit einer von ihnen hausgemachten Inflation ihre Haushaltsziele erreichen. Und Deutschland ist doppelter Zahlmeister. Bekannt ist, dass es den größten Teil der EU-Ausgaben schultert.

Unbekannt, weil schwer verständlich erscheint jedoch der Sachverhalt, dass Deutschland noch ein weiteres Mal bluten muss. Denn die deutschen Überschüsse führen keineswegs dazu, ein klar greifbares Volksvermögen zu erwerben, ausländische Wertpapiere, Devisen oder Liegenschaften. Die Defizitländer zehren die deutschen Überschüsse auf. Die Deutschen verdienen für die ganze Eurozone die Devisen und dazu das Auslandsvermögen, doch dieses kommt nicht mehr ihrem eigenen Lande zugute, sondern den defizitären EU-Staaten, indem sie Transferleistungen aus Deutschland beziehen, vor al-

lem über die *Target*-Kredite. Diese ermöglichen es, dass sich Empfänger wegen ihrer Defizite lediglich im Inland verschulden müssen und der deutsche Kreditgeber dafür nur Guthaben bei der Bundesbank erwirbt, keine greifbaren Sicherheiten des Auslandes wie Grundstücke, Gebäude oder Firmen. Deutschland ist Gläubiger in eigener Währung. Darin und in der unterschiedlich hohen Inflationsrate liegt die Quersubventionierung. Im Jahre 2007 betrug das Zahlungsbilanz-Defizit der Eurozone 180 Mrd. €. Es wurde fast ganz allein von Deutschland gedeckt. Die beständigen Defizite sind nach HANKEL so gut wie allein darin begründet, dass elf der fünfzehn Euroländer über die Verhältnisse leben. Dafür fehlt dann in der Bundesrepublik das Kapital für nötige Investitionen, etwa für den Straßenbau. Das bedeutet, dass der deutsche Steuerzahler Geld erarbeitet, das im Ausland verfrühstückt wird. Nach HANKEL erfolgt so ein fortgesetzter und sinnloser Verlust von Volksvermögen, weil zuviel davon von den defizitären Währungsunions-Partnern aufgeht und zwar nur für deren nationalen Zwecke aufgeht.

Weiterer Schaden entsteht ferner insofern, als die Finanzaktionen der EU zum größten Teil undurchschaubar sind. Es gibt dafür keine öffentlich zugänglichen Rechenschaftsberichte und das gilt für 90 Prozent des EU-Haushalts. So können Unterschlagungen zu Milliardenverlusten führen. Niemand erinnert sich noch an den Korruptionsskandal von 1999, der zwar die gesamte EU-Kommission zum Rücktritt zwang, doch keiner der schuldigen Beamten wurde entlassen, nur diejenigen beiden, denen man es verdankte, dass der Skandal aufgedeckt wurde.

Die Europäische Währungsunion ist ein Fass ohne Boden

Was aufmerksame Zeitgenossen und ausgewiesene Fachleute gleich nach 2002 erwartet haben, ist inzwischen schon einmal eingetreten. Obwohl Griechenland jährlich sechs Mrd. € von der EU empfing (davon zwanzig Prozent aus Deutschland) ist das Land faktisch bankrott. In Abwesenheit einer hilflosen ANGELA MERKEL wurde eine Währungsreform vollzogen, die man freilich nicht als eine solche bezeichnet. Die Europäische Zentralbank darf nun nahezu wertlose Staatspapiere mit Euros aufkaufen. Das war bisher verboten gewesen, weil es eine indirekte Staatsfinanzierung bedeutet, die inflationär wirkt. Seitdem stellt der Euro eine Weichwährung dar. Die EZB hat ihre Unabhängigkeit verloren. Wenn eine Regierung danach verlangt, muss die EZB Geld drucken. So werden alle Nettozahler über die Inflationierung zukünftig mit riesigen Summen abgezockt. Es liegt zwar ein eindeutiger Verstoß gegen den Artikel 125 des EU-Vertrags vor, nach welchem die Union nicht für die Schulden der Einzelstaaten haftet. Man kann sich nur wundern, dass die Bundesregierung nicht einmal den Anschein erweckte, dass sie mit Rechtsmitteln gegen einen solchen eindeutigen und folgenreichen Vertragsbruch vorgehe. Da mag freilich der Eindruck aufkommen, dass Berlin im Grunde mit dieser Währungspolitik einverstanden ist, vielleicht um in naher Zukunft auch die eigene Staatsschuld mittels Inflation zu verringern. Nach der besagten Aushebelung von Artikel 125, ein Handstreich, wird Deutschland weiter, mehr noch verlieren als bisher, infolge Dummheit und Feigheit der Politiker-Kaste.

Stationierungs- und NATO-Kosten

Die deutsche Bundesregierung kommt für alle Kosten auf, welche infolge von Renovierungen und Neubauten in denjenigen Arealen entstehen, welche

man ausländischen Streitkräften zu uneingeschränkter Nutzung überließ. Die entstandene Summe lässt sich nicht präzise ermitteln, weil eine solche nicht im Bundeshaushalt ausgeworfen wird. Die meisten solchen Posten werden unter ganz verschiedenen Einzeltiteln ausgewiesen.

Nur eine im Jahr 2005 erschienene Publikation des Bundesfinanzministeriums machte kund, dass die im Zusammenhang mit den hier stationierten ausländischen Streitkräften für das genannte Jahr Kosten in der Höhe von 123,300 Mio. entstanden waren.

Im Jahre 2010 wurde den Bundesländern Baden-Württemberg und Hessen sowie den betroffenen Oberbürgermeistern (lediglich) mitgeteilt (!), dass die beiden bisher in *Mannheim* und in *Heidelberg* stationierten US-Hauptquartiere nach Wiesbaden verlegt würden. Alles in allem erwartete der Bund deswegen Kosten in der Höhe von 90 Mio. €.

Ausländische Streitkräfte nutzen in Deutschland unentgeltlich 37 800 Liegenschaften auf insgesamt einer Fläche von 148 000 ha. Für im Zusammenhang damit entstandene Umweltschäden kommt die Bundesregierung ebenfalls auf.

An die NATO entrichtete die Bundesregierung im Jahr 2007 für deren den Militärhaushalt, für das NATO-Sicherheits- und Investitionsprogramm und für den NATO-Zivilhaushalt 0,320 Mio. €. Deutschland ist hier der zweitgrößte Beitragszahler.

Von den deutschen Goldbeständen

Die Bundesbank lässt Goldbestände an wichtigen Goldhandelsplätzen lagern. Das habe sich so ergeben, weil das Gold dort erworben wurde. So je-

denfalls ließ die Bundesregierung stets verlauten. Finanzkreise meinen, dass weitaus das meiste deutsche Gold (3 500 Tonnen) vor allem bei der New Yorker FED liegt. Das deutsche wertvolle Edelmetall sei an diese Bank verpfändet worden (?). Es diene den USA dazu, gewisse Manipulationen an den internationalen Devisenmärkten vorzunehmen. KARL BLESSING gab jedoch einmal kund, dass die Bundesregierung den USA als zusätzlichen Ausgleich für Stationierungskosten zugesagt habe, dass sie das Gold solange dort belassen werde, wie die US-Amerikaner in Deutschland Truppen stationiert habe. Das ist doch der St. Nimmerleinstag! Wollte ein deutscher Politiker daran rütteln, wäre er vermutlich ganz rasch vom Fenster weg wie bereits MARTIN HOMANN erfahren musste, der eine Anfrage an die Bundesregierung richtete, wo sich das Gold befinde.

Für Auslandseinsätze der Bundeswehr

Auch hier lassen sich die genauen Kosten für das Ausland nicht ermitteln. Im Jahr 2008 dürften sie mindestens 1 Mrd. € betragen haben, Experten gehen jedoch von rund 3 Mrd. € aus.

Und 2008/2009 gab Deutschland für den Aufbau Afghanistans 0,346 Mrd. €. Darunter befanden sich unter anderem 0,036 Mrd. € für die dortige Polizei-Ausbildung.

Die Bundeswehr ist schon längst keine Verteidigungsarmee mehr. Infolgedessen fielen Kosten einer angemessenen Umstrukturierung an. Die Auslandseinsätze erfolgen ganz überwiegend im Interesse der USA, was in Deutschland zwar jedermann weiß, aber nichts dagegen erreicht. Die Ausgaben dafür werden noch ansteigen. Folglich wird sich die Bundesregierung

bemühen, die entstehenden Kosten zu verschleiern. Die Beschaffungskosten für die Auslandseinsätze kamen 2009 auf 1,700 Mrd. €.

Die Bundeswehr muss unter anderem für den Auslandseinsatz langfristige und sehr hohe finanzielle Verpflichtungen eingehen, auch im Hinblick auf moderne Waffenbeschaffung, zum Beispiel für die Entwicklung des Panzerabwehrraketensystems Pars 3 LR. 0,500 Mrd. €. Da 740 Flugkörper bestellt wurden, ergibt sich, dass ein einziger Schuss ohne Transport und Wartungsaufwand fast 1 Mio. € kostet. Die langfristigen Ausgaben für vertraglich fest vereinbarte Beschaffungen belaufen sich auf 52,300 Mrd. €. Darunter die höchsten sind diejenigen für den *Eurofighter* (14,4 Mrd. €) und für das *Transportflugzeug A 400 M* (10 Mrd. €).

Der Krieg stellt für Rüstungsindustrie, Banken und Chemie und für noch andere ein sehr, ein äußerst einträgliches Geschäft dar. Die US-amerikanische Großfirmen haben am Zweiten Weltkrieg ca. 80 Mrd. € verdient. Es gilt die so genannte ROTHSCHILD-Formel, nach welcher die Hochfinanz stets dafür sorgen, danach streben müsse, dass zwischen den möglichen Gegnern immerfort ein Gleichgewicht der Kräfte existiert. Denn der Sieg einer einzigen Partei könnte zu Frieden und Schuldenreduzierungen führen. Das stimmte freilich nach 1945 nur zum Teil. Es gab zwar Frieden, doch die deutschen Lasten schossen trotzdem in die Höhe.

Die USA lassen sich ihre zahlreichen Kriege ganz überwiegend von ihren Vasallenstaaten finanzieren. Ihr erster Krieg gegen den Irak verschlang 80 Mrd. \$. Davon bestritt die Bundesrepublik allein 17 Mrd. DM und zwar ganz freiwillig.

Asylanten- und Migrations-Kosten

Im Bundeshaushalt fehlen Milliarden für Investitionen und Sozialleistungen, doch man zahlt Milliardenbeträge ans Ausland und an Nichtdeutsche. Es hat sich in der Welt herumgesprochen, dass unsere politische Klasse und viele andere „Gutmenschen“ Geld ohne Gegenleistung hergeben. Bereits 2007 lebten in Deutschland 15,4 Mill. Menschen mit Migrationshintergrund. Allein im Jahre 2008 zogen 682 000 Menschen nach Deutschland. Über die Kosten lässt die Regierung nichts verlauten. Heute dürften sich die Asyl- und Migrationskosten auf 75 Mrd. € jährlich belaufen. In den Neunziger Jahren kamen 200 000 Asylanten nach Deutschland, davon 90 Prozent waren Scheinasylanten. Abgeschoben wurden höchstens nur 15 Prozent. Nach MEISER kostete der Aufenthalt von Ausländern, für welchen die Öffentlichkeit aufkommt, 100 Mrd. DM. Jeder vierte Sozialleistungs-Bezieher ist Ausländer. Im Jahre 1993 bezogen 250 000 Deutsche und 577 000 Ausländer eine Krankenhilfe, obwohl die Letzteren nur 15 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Asylanten und ihre Familien können sich von den Ärzten wie Privatpatienten behandeln lassen. Nach der Geburt eines Kindes erhält der Ausländer die Ausstattung eines Kindes, doch für den Inländer gibt es nichts.

In die Milliarden gehen viele weitere Kosten, nämlich etwa dass in Deutschland 85 Prozent der zu einer Festnahme ausgeschriebenen Personen Ausländer sind. In vielen Gefängnissen beträgt der Ausländeranteil über 50 Prozent, in Hamburg belief er sich bei jugendlichen Strafgefangenen einmal auf gar 85 Prozent. Inzwischen existiert ein Ausländerrecht, das in der Asylfrage fast alles einklagbar macht.

Im Jahre 1999 gab es in Deutschland 1020 Mordopfer und 31,4 Prozent dieser Täter waren Ausländer. Es hat sich nicht viel geändert. Bis 2008/2009

betrug der Ausländeranteil bei Mordtaten 28,3 Prozent, bei Vergewaltigung 28,8 Prozent, bei Drogenhandel 47,5 Prozent und bei schwerer Körperverletzung 22,7 Prozent. Die Zahlen fallen noch höher aus, wenn man die Nichtdeutschen mit zählt, die einen deutschen Pass besitzen. Diese Gruppe wird nicht mehr zu den Ausländern gerechnet.

Die türkischstämmige Psychologin NECLA KELEK (bis 2004 im Dienst der Hamburger Justiz) fand heraus, dass dort 60 Prozent der Straftäter Muslime waren, und weitere 20 Prozent besaßen einen Migrationshintergrund. Die Gewaltbereitschaft dieser Menschen gegenüber Deutschen sei deshalb so hoch, weil unter ihnen eine spezifische Kultur der Verachtung von Deutschen herrsche. Die deutschen Politiker unternähmen nichts. Es sei unverständlich, dass man sich all das hier gefallen lasse. In dem gleichen Sinne haben sich übrigens chinesische Staatsbürger geäußert, nachdem sie sich längere Zeit in Deutschland aufgehalten hatten.

In der Tat gilt es festzustellen, dass die Bundesregierung die Wahrheit über die Kosten von Asyl und Migration vertuscht, ja wohl gar absichtlich unterdrückt. Erfahren die Bürger von den wirklichen Realitäten, reagieren sie mit Fassungslosigkeit. Im einzelnen handelt es sich um folgende Posten: Integration (Sprachkurse usw.), Schule und Kindergarten, Infrastruktur (Wohnungen), Schulen, zusätzliches Lehrpersonal, Mieten für Hotels, Wohngeld, Verpflegung, Wasser, Strom, Gas, Heizung, Müllentsorgung, Wohnungseinrichtungen mit Herd und Kühlschrank, Betten, Wäsche, Kleidung, Fahrtkosten, Dolmetscher, Kriminalität, Inhaftierungen, Abschiebungskosten, Rechtsanwälte in Abschiebungsverfahren, Mehrkosten für Grenzschutz, Sozialhilfe (15 000 Euro pro Asylant und Jahr), Sozialhilfe für Migranten wie auch betrügerischer

Bezug von Sozialleistungen, Mehrfachbezug von Krankheitskosten, Arzt-, Zahnarzt-, Facharztekosten, Krankheitskosten für alle Großfamilien-Angehörige im Ausland, Erstausrüstung eines Kinderzimmers bei einer Geburt, Rechtsanwalts-, Gerichts-, Strafverfahrenskosten, von Ausländern verursachte Kosten der Verwaltungs- und Justiz, Gefängniskosten (2008 insgesamt 431 Mio. €).

Weil all das kostenlos ist, geht es Asylanten und Asylbewerbern besser als vielen deutschen Rentnern und allein erziehenden Müttern. Die Einspruchsverfahren von Asylantenbewerbern dauern oft jahrelang. Der deutsche Staat wird von Asylanten häufig jahrelang verklagt und muss die Rechtsanwälte dafür bezahlen. Die Verfahren dauern nochmals jahrelang. Die Kosten des längeren Aufenthalts übernimmt der Steuerzahler. Über all das wird in Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen buchstäblich nichts berichtet. Wieso eigentlich? Die Bürger erwarten doch Rechenschaft. Vor 2009 wurden 95 Prozent der Asylbewerber abgelehnt. Hätte man die vielen Scheinasylanten sofort wieder fortgeschickt, hätte man 75 Mrd. € eingespart. Die Zahlen sind in der Tat niederschmetternd. Einwanderer sind doppelt so oft arbeitslos wie Einheimische, weshalb sie doppelt soviel staatliche Hilfe beziehen. Sie sind mindestens doppelt so häufig kriminell wie Deutschstämmige (Die Welt, 11. Juni 2009).

Nachweis der Asylanten- und Migrantenkosten

Laut Angaben des statistischen Bundesamts wurden 2007 in Deutschland von der Summe allen hier erwirtschafteten Geldes 29 Prozent als Subventionen beziehungsweise Transferleistungen an die Bevölkerung verteilt. Das macht 708,868 Mrd. € aus. Wenn man mit einer Summe von 74 Millionen

deutschen Staatsbürgern rechnet, ergibt sich, dass ein solcher in demselben Jahr durchschnittlich 958 € Transferleistungen bezog.

Es leben hier 15,2 Millionen Migranten. Sie zahlten (Asylanten sind frei) ca. 53 Mrd. € in die Sozialsysteme ein. Da jeder von ihnen unserem Staatswesen im Durchschnitt 3486 € kostet, doch 8593 € von ihm erhält, ergibt sich eine Unterdeckung von 5106 €, was wiederum bedeutet, dass alle Migranten zusammen dem Sozialsystem in demselben Zeitraum auf 77,620 Mrd. € zu stehen kamen.

Die Asylanten- und Migrantenkosten betragen somit, es sei wiederholt, 77,620 € Mrd. So kommt man in zehn Jahren auf 776 Mrd. € und in 15 Jahren 1,164 Bill. €. Derartig hohe Kosten machen jeden Schuldenabbau in Deutschland unmöglich. Zins und Zinseszins ist hier gar nicht mitgerechnet. Dazu gerechnet werden müssen noch 26 Mrd. € Kinder- und Erziehungsgeld für Ausländerkinder (1999), 26 Mrd. €, 10 Mrd. € Kosten für ausländische Schüler und 2,5 Mrd. € für ausländische Studenten. Die genannten Posten summieren sich auf 38,5 Mrd. €.

Ein einziger Tag Ausländerkriminalität

Das kaum glaubhafte Maß an Ausländerkriminalität ist den Deutschen so gut wie ganz unbekannt, da die großen deutschen Medien nichts mehr über ausländische Täter vermelden. Nun ein (unvollständiger!) Überblick: Allein einem einzigen Google-Portal (*presseportal.de*) konnte man am 23. März 2010 folgende Meldungen über ausländische Täter entnehmen:

Pärchen schlug in der S-Bahn zu - 17jährige sexuell belästigt - Jugendliche schlagen und berauben zwei deutsche Männer - Kioskeinbrecher aus

Bremen nach Geständnis wieder frei - Straßenraub in *Höntrup* - Bundespolizei nimmt fünfundzwanzigjährigen Mann fest - Festnahmen wegen unerlaubten Aufenthalts - Spielhalle ausgeraubt - Tatverdächtiges Trio verschwand in weißem Honda Civic - Schwarzafrikaner niedergeschlagen und beraubt - Wieder falscher Schmuckverkäufer gefasst – Zwei maskierte Täter mit türkischem Akzent überfallen Einkaufsstand – Vier Tatverdächtige nach Raubüberfall festgenommen – Bundespolizei deckt sechs unerlaubte Fälle von Migration auf – Mädchen an Bushaltestelle Handtasche entrissen – Bundespolizei findet Kokain in Kosmetikflaschen – Körperverletzung nach Streit auf Bahnhofsvorplatz.

Zwei weitere Portale berichteten für denselben Tag noch von anderen fünfzehn ähnlichen Delikten. Wir wollen sie uns hier ersparen.

Über die Generationenbilanz

In diesen Jahren nehme die Ansprüche der Asylanten und Migranten in den nächsten Jahren an die Sozialsystem und Pensionsfonds zu. Die Schulden der Bundesrepublik Deutschland betragen im Jahr 2015 etwa 2,2 Bill. €. Wenn man die zukünftigen Sozialansprüche hinzurechnet, gelangt man an die 8 Bill. €. Die in Deutschland lebenden Ausländer leisten im Gegensatz zu den Deutschen viel weniger oder keine Sozialbeiträge, beziehen aber erheblich mehr Sozialleistungen. Deshalb wird sich die so genannte *Nachhaltigkeitslücke* bemerkbar machen. Man glaubt es kaum, aber sie wird dazu führen, dass die deutschen Sozialleistungen noch einmal steigen müssen und zwar dermaßen, dass diese Zunahme 58 Prozent des derzeitigen deutschen Bruttoinlandprodukts ausmacht (nach MEISER). Wie das aufgebracht werden soll, steht in den Sternen.

Diskussion um Thilo Sarrazin

Dass über die extrem hohe Zahl von Ausländern, die hier in Deutschland unter uns leben, zumindest einmal heftig diskutiert wurde, ist THILO SARRAZIN zu verdanken. Er wagte sich ins Fettnäpfchen. Nach seiner Meinung haben Araber und Türken, außer für den Obst- und Gemüsehandel, keine wirtschaftlichen Funktionen und werden nie Perspektiven erlangen. Die Türken erobern nun Deutschland wie die Kossovaren den *Kosovo*, nämlich mit ihrer hohen Geburtenrate. Der genannte Personenkreis sorge bestimmt nicht angemessen für die Berufsausbildung seiner Kinder. Wer etwas kann und etwas leisten will, sollte bei uns hoch willkommen sein und der Rest müsse alsbald wieder fortgeschickt werden. Unser Sozialsystem wird dafür nicht aufzukommen befähigt sein. Aber stattdessen verlängerte die Bundesregierung 2007 das auslaufende Bleiberecht für Ausländer ohne Aufenthaltserlaubnis um drei Jahre, wenn sie bis 2009 eine Arbeit fänden. Nach MEISER ein Freifahrtschein für Millionen Illegale!

Migrationskosten in den Nachbarstaaten

In den Niederlanden stieg inzwischen der Unmut über Fremde, die sich dort niederlassen, aber nicht integrieren lassen wollen, erheblich an. Die dortige Ausländer-Gesetzgebung ist schon längst straffer als die deutsche. SIETSE FRITSAM, ein aus Marokko stammender Mitarbeiter der Einwanderungsbehörde, stellte eine fundierte Berechnung darüber an, was in den vergangenen 40 Jahren die Integration der nichteuropäischen Ausländer in den Niederlanden gekostet hat. Er kam auf 100 Mrd. €. Die Stellungnahme der Regierung zu diesem Sachverhalt war ausweichend. Man fürchtete, sich die Finger zu verbrennen, ähnlich wie in Deutschland. Doch die Redaktion des Magazins

Elsevier zu dem Ergebnis, dass die Migration allein im Jahr 2009 eine Summe von 13 Mrd. € gekostet hatte.

In Österreich, ebenfalls ein von Migranten bevorzugter Staat, wurde amtlich errechnet, dass einem Asylanten einschließlich Ehefrau und sechs Kindern im Jahr 2008) insgesamt 3 594 € Sozialleistungen (einschl. Kindergeld, Wohnbedarfs-, Wohn- und Familienbeihilfe) 3 594 € zustanden. Demgegenüber das Beispiel eines Facharbeiters (Ehefrau, drei Kinder): Er musste mit 1 693 € auskommen, entrichtete 131,78 € Steuern.

Eine neue Landnahme

In den Großstädten erwerben Türken immer mehr Immobilien und zwar mit zinslosen Krediten der türkischen Regierung. Darüber hinaus nutzen sie alle öffentlichen Einrichtungen, ohne je dafür etwas beigetragen zu haben wie der deutsche Steuerzahler.

Zahlungen der Bundesregierung an ausländische Empfänger

Von der Bundesregierung unterschlagene Auslandsüberweisungen

Im Bundeshaushalt sind 2004 18,374 Mrd. € an Auslandsüberweisungen ausgeworfen, doch die Bundesbank gibt immerhin zwei Milliarden mehr an, nämlich 20,573 Mrd. an. Wie kann die Differenz denn ganz einfach fehlen? Das ist eine der Ungereimtheiten bei der Ausweisung von Zahlungen, die von Deutschland ins Ausland gehen.

Auslandszahlungen 2005

Für Auslandsverpflichtungen gingen 20,114 Mrd. € auf (EU-Nettozahlungen und Schuldenerlasse)

Für geheime Zwecke des Auswärtigen Amts: 1,111 Mio. €.

Für Friedenstruppen der UNO: 169 Mio. €

Für die nachstehend aufgeführten Bundesetatposten: Ausbildung ausländischer Streitkräfte, UNO-Beitrag, Bundeswehreinsätze, Wiedergutmachung, Entwicklungshilfe, Übrige Einzelpläne, ERP-Sondervermögen, Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer, Entwicklung politische Zusammenarbeit: 33,105 Mrd. €. Dazu 77,620 Mrd. € für Asylanten und Migranten, ergibt eine **Gesamtsumme von 110,725 Mrd. €.**

Somit wurden 2005 über 110 Mrd. € für Fremdinteressen geleistet. Wenn man diese Summe von derjenigen des Bundesetats 2009 (280 Mrd. €) abzieht, ergibt sich, dass davon in diesem Jahr mehr als die Hälfte für Fremdinteressen aufging. Das ist nur mittels Neuverschuldung möglich. So wird, auf die Dauer gesehen, die Bundesrepublik in den Ruin geraten. Wer sich aber doch als Gutmensch geben will und sich für all diese Expenses ausspricht, soll erklären, wo er die Einkünfte hernehmen will.

Bundeshaushalt 2008 Ausgaben für fremde Belange

Deutsche Krankenkassenleistungen im Ausland

Die deutschen Krankenkassen tragen die Kosten der medizinischen Versorgung aller nach türkischem Recht anspruchsberechtigten Angehörigen in der Türkei. Das sind bei Weitem nicht nur die Eltern. Auch Zweitfrauen profitieren. Weshalb solche in großer Zahl nachziehen. Die türkischen Konsulate bestätigen gerne, dass es sich um solche handelt. Dafür fielen 2008 immerhin 0,150 Mrd. € an. Das stellt nur einen Pauschbetrag dar. Somit gelang es doch einmal, ständige Kostenmehrung auszuschließen.

Bundeshaushalt 2008 Ausgaben für fremde Belange

Auswärtiges Amt, Einzelplan 05 Ausgabe für fremde Belange

Da die im Bundeshaushalt keine Summe der ins Ausland erfolgten Überweisungen ausgeworfen wird, muss man sich die einzelnen Posten zusammensuchen. Das ist nur teilweise möglich. Die nachfolgend ausgeworfene Summe ist deshalb nicht vollständig.

Summe dieser Zahlungen und Ausgaben für fremde Belange: 1,906

Mrd. €.- Darunter die am meisten bedeutenden Posten sind 684 Mill. € für die Förderung des europäischen Gedankens, 335 Mill. €, für Förderung von Projekten zur Holocaust-Problematik 335 €, Beiträge an Organisationen und Einrichtungen im internationalen Bereich 669,869 Mio. €.

Bereits die hier oben genannten Titel lassen darauf schließen, dass es sich hier wohl vor allem um Regierungspropaganda handelt. Ob es sich um wirklich notwendige Ausgaben handelt, wäre im Detail zu prüfen.

Dieselbe Summe hatte im Jahr 1206 1,215 Mrd. € betragen. Das bedeutet eine Steigerung um 700 Mio. (63 Prozent) in nur zwei Jahren!

Übersicht: Deutsche Leistungen 2008 für ausländische Bürger,

Organisationen, Staaten und für internationale Projekte

Die deutschen Leistungen des Jahres 2008 für ausländische Bürger, Organisationen, Staaten und für internationale Projekte **betrugen allein in diesem Jahr id. €.** Darunter am meisten bedeutend waren die Asylanten- und Migrantenkosten von 76,620 Mrd. € (gerechnet im Durchschnitt, ohne Zins, jährlich mindestens) und dann folgt mit 8,774 Mrd. der deutsche EU-Beitrag. Diese Leistungen des Bundes und der Gemeinden, der Kranken- und Ren-

tenkassen in der Höhe von ca. 100 Mrd. € entsprachen mehr als einem Drittel des Bundeshaushaltes von 2008 (283 Mrd. €). Hinzu kämen noch die Leistungen der Kirchen und der nichtkirchlichen Vereine sowie die Milliarden von deutschen Spenden.

Nun stellt sich die Frage, wie diese Lasten angesichts der drohenden Verarmung unterer und auch mittlerer Schichten in Deutschland verringert werden können. Vor allem fraglich erscheint, ob sich Deutschland innerhalb der NATO an Kriegen in aller Welt beteiligen soll. Schließlich ist die NATO doch ein Verteidigungs- und kein Angriffsbündnis zur Stärkung des US-Imperiums.

Wie sich einige mehrjährige deutsche Leistungen summieren

Als einige Beispiele wurden ausgewählt: 2,410 Mrd. € an internationale Organisationen 1996, Entwicklungshilfe 1950-1986 1,375800 Mrd. €, militärische Missionen 1992-2009 insgesamt 11 Mrd. €, Wiederaufbauhilfe für den Irak 5 Mrd. €, deutscher EU-Netto-Beitrag 1995-2003 insgesamt 76,700 Mrd. € und die Schuldenerlasse mehrerer Jahre 7,500 Mrd. €. **Die hier angeführten Beispiele mehrjähriger Leistungen summieren sich auf 1 478, 410 Mrd. € (Eineinhalb Billionen!).** Im Jahre 2008 beliefen sich die deutschen Schulden auf fast 1,5 Bill. €. Woraus man schließen muss, dass die genannten Beispiele die hohe Verschuldung mit verursacht haben müssen.

V. Versuch der Gesamtbilanz: Deutschland als Zahlemann 1919-2008

Diese Bilanz berücksichtigt allein die Besatzungs- und Reparationskosten 1919-1932 von 538,628 Mrd. €, dann die 1944-1954 erfolgten Beraubungen, Demontagen, Vermögensverluste und Vertreibungen, die auf insgesamt 11 718,180 Mrd. € beziffert werden können sowie die Wiedergutmachung in Höhe von mindestens 6 281,180 Mrd. €. Das ergibt insgesamt die **1919-2008 die Summe von 18,538 Bill. €.**

Unabhängig davon wurde noch eine jährliche weitere Summe errechnet und zwar nur an dem Beispiel des Jahres 2008, wie folgt.

Deutschland weiterhin Zahlemann,
aufgezeigt allein am Beispiel des Haushaltsjahres 2008

Die Gesamtzahlungen an Nichtdeutsche und an internationale Organisationen **belasteten den Bundeshaushalt allein des Jahres 2008 mit einer Summe von 99,813 Mrd. €.**

Wohlgemerkt, hier geht es nur ums Jahr 2008 und nicht um weitere. Man müsste dieses Jahr irgendwie hochrechnen, um alle vorausgehenden Jahre mit berücksichtigen zu können. Wegen der unterschiedlichen Titel im Bundeshaushalt erscheint dieses Unterfangen allzu mühevoll. Der geneigte Leser möge sich deshalb selbst versuchen und eine Schätzung vornehmen, unter Berücksichtigung des Kaufkraftverlustes der Währungen DM und €. So erst erfährt man, wie die ganze Höhe der von Deutschland ans Ausland gerichteten Zahlungen 1919-2008 lautet.

Gesamtbilanz 1919 bis 2008

Zunächst empfiehlt es sich **an der weiter oben ermittelten Summe von 18 Bill. € festzuhalten**, doch muss man sich merken, dass die wahre Summe in Wirklichkeit noch viel größer ist. Um mindestens diese Summe wurde der deutsche Staatsbürger im genannten Zeitraum also erleichtert, betrogen, ja beraubt. Es fällt schwer, das richtige Wort zu finden. Man muss sich vor Augen halten, dass man mit der genannten Summe 35 Jahre lang den Bundeshaushalt bestreiten könnte. Es ist ein Aderlass, der dazu führte, dass man

inzwischen von einer zunächst langsamen und dann zunehmenden Verarmung der deutschen Staatsbürger sprechen kann. Daran sind vor allem die immer wachsenden Finanztransfers ins Ausland und die Folgekosten einer fast unbeschränkten Migrationsbewegung schuld, dass dem Haushalt der Bundesrepublik Deutschland fortgesetzt große Milliardensummen entzogen werden. Die Schuldenlast ist derart groß, dass sie nicht mehr regulär abgetragen werden kann. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung zuletzt ergreifen?

Als wichtigstes Ergebnis ist festzuhalten: Es sind die Finanztransfers ins Ausland und die Folgekosten einer wohl unverantwortlichen Migration, welche bereits eine merkliche Verarmung des deutschen Volks eingeleitet haben.

Gesondert sei hier nun noch darauf hingewiesen, wie sich einige der bereits weiter oben erwähnten Titel auswirkten, die sich jährlich wiederholten. Dafür wurden ausgewählt: 1996 an internationale Organisationen rd. 2,410 Mrd. €, Entwicklungshilfe 1950-1986 1375,800 Mrd. €, militärische Missionen 11 Mrd. €, Wiederaufbauhilfen für den Irak 5 Mrd. €, deutscher EU-Nettobetrag 1995-2003 76,700 Mrd. €, Schuldenerlass (mehrjährig) 7,500 Mrd. €. **Diese gesondert ermittelte Summe von fast 1,5 Bill. entspricht dem Schuldenstand des Jahres 2008.** Oder anders gesagt: Sie haben an der Verschuldung führend mitgewirkt. Auch der Zugriff der EU auf die Bundeskasse führt in den Abgrund. Denn alle Mehrausgaben konnten nur auf dem Wege des Kredits finanziert werden.

Reparationszahlungen Österreichs

Wegen der nahe liegenden Zusammenhänge sei auch auf die österreichischen Verhältnisse hingewiesen, kurz. Die Sowjets demontierten in Österreich insgesamt 220 Betriebe (31 200 Eisenbahnwaggon-Ladungen, 92 550 t) und fuhren Material weg (7 159 Eisenbahnwaggons, 100 600 t). Darunter befanden sich zum Beispiel 8 310 Elektromotoren, 26 956 Werkzeugmaschinen und zehn Walzstraßen Eisen/Stahl. Dazu kämen noch die Kosten der Demontagen. Alles zusammen erreicht nach heutigem Wert mindestens 10 Mrd. €.

AKINSHA, KONSTANTIN, Beutekunst – Auf Schatzsuche in russischen Geheimdepots, München 1995.-

BOHLINGER, ROLAND, Patriotismus, Ausländerfrage und die antideutsche Zielsetzung der herrschenden Klasse, TÜBINGEN 2004³.-

ECKERT, HORST, Kriegsschuld – Eine deutsche Abrechnung, München München 2005.-

BAUMGART, EBERHARD, Halbe 1945, Berg am Starnberger See 2003.-

BÖHME, KURT, Gesucht wird...Die dramatische Geschichte des Suchdienstes", München 1970.-

BRODESSER, HERRMANN JOSEF, Wiedergutmachung und Kriegsfolgenliquidation, München 2000.-

EGGER, LEOPOLD, Das Vermögen und die Vermögensverluste der Deutschen in Jugoslawien, Sindelfingen 1983.-

FRANK, MATTHEW, Expelling the Germans, Oxford 2007.-

GEORG, FRIEDRICH, Unternehmen Patentraub, Tübingen 2008.-

HANKEL, WILHELM, Der Europäische Bundesstaat ist tot, in: Junge Freiheit, 6. Juli 2017.-

HARMSEN, GUSTAV, Reparationen - Sozialprodukt - Lebensstandard – Versuch einer Wirtschaftsbilanz.-

KARNER, STEFAN, Zum Umfang der sowjetischen Demontagen in Österreich, 1945/46, Frankfurt/M. 2007.-

KAUFMAN, THEODOR NATHAN, „*Germany must perish*“ (Deutschland muss vernichtet werden), New York 1941.-

KERN, ERICH, Verbrechen am deutschen Volk – Dokumente alliierter Grausamkeiten 1964².-

KERN, ERICH u. BALZER, KARL, Alliierte Verbrechen an Deutschen, Preußisch Oldendorf 1980.-

KNOP, INGMAR, Mit der EG in den Abgrund? Deutschlands Selbstvernichtung, München 2006.-

KRAUSE, WERNER H., Reparationen – Die Salven des Ersten Weltkriegs sind noch nicht verhallt – Offene Rechnungen von 1921, in: Junge Freiheit vom 4. Juni 1999.-

MEISER, HANS, Die totale Ausplünderung Deutschlands – Eine Bilanz nach 60 Jahren, Teil 1, in: SUDHOLT, GERD (Hrsg.), Deutsche Annalen 2006, Stegen 2006.-

MEISER, HANS, Die totale Ausplünderung Deutschlands, Teil 2: Wiedergutmachung, in: SUDHOLT, GERT (HRSG.), Deutsche Annalen 2007, Stegen 2007.-

MEISER, HANS, Ausplünderung Deutschlands seit 1919 – 18 Billionen bis 2010, Tübingen 2010 (= Veröffentlichungen zur deutschen Nachkriegsgeschichte 51).

MUSIAL, BOGDAN, Stalins Beutezug, Berlin 2010.-

NORDBRUCH, CLAUS, Der deutsche Aderlass, Tübingen 2001.-

OVERESCH, MANFRED, Das besetzte Deutschland, Teil I, Augsburg 1992.-

POPP, WOLFGANG, Wehe dem Besiegten, Tübingen 2004².-

RUMPF, ERNST, Wiedergutmachung – Deutschland zahlt immer, Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, Rosenheim 1992 (= Kultur- und Zeitgeschichte, Archiv der Zeit).

RUPP, FRANZ, Die Reparationsleistungen in der sowjetischen Besatzungszone, hrsg. v. Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1951.-

SCHIEDER, THEODOR (Hrsg.), Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. IV/I, Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, Bonn 1957.-

SEIDLER, FRANZ, Deutsche Opfer – Alliierte Täter 1945, Selent 2013.-

SEITZ, VOLKER, Afrika wird arm regiert oder Wie man Afrika helfen kann, München 2009.-

STEIDLE, BERNHARD (Hrsg.), Verheimlichte Dokumente – Was den Deutschen verschwiegen wird, Bd. 2, München 1992.-

STEIN, PETER, Milliarden ins Ausland – Staatspleite – Haushaltsposten, die für Bonn tabu sind, in: Junge Freiheit, 13. Juni 1997.-

TURNWALD, WILHELM (Hrsg.), München 1952⁴.